

# **Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**

Joachim Braun  
Hans Günter Abt  
Stefan Bischoff



**2 0 0 1**  
**Internationales**  
**Jahr**  
**der Freiwilligen**

Freiwilliges Engagement.  
Selbsthilfe. Ehrenamt.

Der Leitfaden zur Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen durch die Weiterentwicklung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und ähnlichen Einrichtungen entstand im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) als Beitrag zum Internationalen Jahr der Freiwilligen (IJF 2001). Er wird in der Schriftenreihe ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 68, ISAB-Verlag Köln – Leipzig veröffentlicht.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Braun, Joachim

Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung  
über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe

Joachim Braun; Hans Günter Abt; Stefan Bischoff [ISAB-Institut].

Köln, Leipzig: ISAB-Verl., 2000

(ISAB-Schriftenreihe; Nr.68)

ISBN 3-929877-16-3

Alle Rechte vorbehalten. Auch fotomechanische Vervielfältigung des Werkes (Fotokopie/-Mikrokopie) oder von Teilen daraus bedarf der vorherigen Zustimmung des ISAB-Instituts.

ISAB Institut

Overstolzenstraße 15

50677 Köln

Tel. 0221-412094

Fax. 0221-417015

E-mail: [isab@isab-institut.de](mailto:isab@isab-institut.de)

Internet: <http://www.isab-institut.de>

Gesellschafter:

Prof. Dr. Christian von Ferber

Prof. Dr. Helmut Klages

Dr. Berthold Becher

Geschäftsführender Gesellschafter:

Dipl. Soziologe Joachim Braun

## **Vorwort**

Die Gesellschaft ist auf die vielfältige Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger angewiesen - sei es in der Politik, in den sozialen Diensten oder in den Sportvereinen. In den Städten und Gemeinden erleben Menschen Demokratie ganz direkt. Kommunen leben von dem Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger: Der öffentliche Sektor kann nicht alle Probleme und Fragen allein lösen.

Immer häufiger suchen junge und ältere Menschen Möglichkeiten, sich freiwillig zu engagieren. Dabei wird die Zahl derer größer, die in Projekten und Initiativen mitarbeiten wollen. Sie wollen sich in die Gestaltung der Gesellschaft einbringen, aber nicht bevormundet und gegängelt werden. Sie wünschen Beratung und Begleitung.

Wie dies gegenwärtig geschieht und was auf kommunaler Ebene noch zu tun ist, diesen Fragen geht der Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe nach. Er soll im Jahr der Freiwilligen dazu beitragen, dass das kommunale Beratungsangebot effektiver ausgestaltet wird und den Menschen hilft, nach ihren Neigungen und Interessen Mitverantwortung in ihrem Gemeinwesen zu übernehmen.

Dr. Christine Bergmann



# Gliederung

1. An wen richtet sich der Leitfaden?	06
2. Kurzfassung der Empfehlungen	08
3. Welche Chancen eröffnet das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern den Kommunen?	10
3.1 Welche Bereiche und Organisationsformen umfasst der Freiwilligensektor in einer Kommune?	11
3.2 Welche Bürgerinnen und Bürger engagieren sich freiwillig?	14
4. Wie gelangen die Bürgerinnen und Bürger ins freiwillige Engagement? Welche Unterstützung erwarten sie dabei?	16
5. Wie unterstützen Kommunen das freiwillige Engagement?	18
6. Wer informiert und berät in Kommunen über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe?	27
7. Wer nutzt die Informations- und Beratungsmöglichkeiten über freiwilliges Engagement in Kommunen?	32
8. Wie sollen das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe infrastrukturell unterstützt werden?	37
9. Aufgaben und Leistungen eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	42
10. Welche Ressourcen braucht ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe?	49
11. Kosten und Finanzierung eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	54
12. Antrag an den Stadt-/Gemeinderat zum Auf-/Ausbau eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	61
13. Literatur	63
Stichworte zum Leitfaden	

# 1 An wen richtet sich der Leitfaden?

Freiwilliges Engagement manifestiert sich vor allem in den Kommunen. Als Beitrag für das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 (IJF) ist daher im Auftrag des BMFSFJ der vorliegende Leitfaden entstanden. Das IJF 2001 steht unmittelbar bevor. Ziel ist es, wie Bundesministerin Bergmann in ihrer Rede anlässlich der konstituierenden Sitzung des "Beirates zum Internationalen Jahr der Freiwilligen" ausführte, nachhaltig das Klima für Freiwilligenarbeit positiv zu beeinflussen und mitzuhelfen, die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement und für ehrenamtliche Arbeit zu verbessern sowie Impulse zur Unterstützung und Aktivierung des freiwilligen und bürgerschaftlichen Engagements in allen gesellschaftlichen Bereichen zu geben. Über das IJF 2001 informiert die Geschäftsstelle IJF beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge im Auftrag des BMFSFJ.

**Der Leitfaden soll diesem Ziel dienen. Er informiert darüber, wie freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in Kommunen in Deutschland gefördert wird. Er bietet Orientierungshilfen, wie eine stärkere Ausschöpfung des Engagementpotenzials in der Bevölkerung durch Information, Beratung und Vermittlung in Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement erreicht werden kann.** Dieser Schwerpunkt wird wegen der bisher unterschätzten Bedeutung von Information und Beratung bewusst aus den vielfältigen Möglichkeiten der Engagementförderung ausgewählt (z.B. Qualifizierung, Versicherungsschutz für Freiwillige, Gewinnung von Freiwilligen durch Verbände).

Die vielfältigen Leistungen der Wohlfahrtsverbände, Jugendverbände, Seniorenorganisationen und anderer Freiwilligenorganisationen zur Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe sind nicht Gegenstand dieses Leitfadens. Angesprochen werden die Verbände in ihrer Rolle als Träger von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und ähnlichen Einrichtungen und ihrer Mitverantwortung zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. Der originäre Beitrag der Verbände zur Stabilisierung des Ehrenamtes und zur Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements in vielen gesellschaftlichen Bereichen wird im IJF 2001 an anderer Stelle gewürdigt.

Der Leitfaden zeigt die Ausgangssituation der Engagementförderung aus Sicht der Bürger/innen und der Kommunen und die Erfordernisse für die zukunftsgerichtete Gestaltung der Engagementförderung in Kommunen. Er gibt keine Handlungsanleitung für die konkrete Arbeit von Informations- und Kontaktstellen. **Der Leitfaden wendet sich an Interessierte aus Politik und Verwaltung in Kommunen, Verbänden und freien Trägern, die für die Weiterentwicklung der infrastrukturellen Engagementförderung verantwortlich sind.** Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen gibt er Anregungen zur Weiterentwicklung ihres Aufgabenprofils.

Infos zum IJF  
2001 im  
Internet unter  
[www.ijf2001.de](http://www.ijf2001.de)

Angesprochen  
sind  
Interessierte aus  
Politik,  
Verwaltung,  
Verbänden etc.

In vielen Kommunen stellt sich heute die Frage, mit welcher Konzeption und mit welchen Handlungsstrategien dem Interesse der Bürger/innen nach besserer Information und Beratung über freiwilliges Engagement entsprochen werden kann. Zurzeit gibt es in den meisten Kommunen in Deutschland mit mehr als 100.000 Einwohnern mindestens eine Selbsthilfekontaktstelle, ein Seniorenbüro oder eine Freiwilligenagentur. Insgesamt existieren **585 das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe unterstützende Einrichtungen** (vollständige Adressdatei beim ISAB-Institut). Sie sind aus verschiedenen fachlichen und politischen Kontexten entstanden. Angesichts der breiten Debatte über das freiwillige Engagement aller Altersgruppen in vielen gesellschaftlichen Bereichen stehen sie vor der Herausforderung, ihr Aufgabenprofil zu erweitern und sich für alle Bürger/innen zu öffnen, die sich aus unterschiedlichen Gründen freiwillig engagieren oder engagieren wollen.

**Engagementunterstützung im Freiwilligenbereich als neuer Politik- und Verantwortungsbereich der Kommunen muss alle Bereiche und Organisationsformen, in denen sich Bürger/innen freiwillig engagieren, einbeziehen. Da die Debatte über erfolgreiche Wege der infrastrukturellen Unterstützung des freiwilligen Engagements in vielen Kommunen am Anfang steht, kann der Leitfaden keine abschließenden Konzepte präsentieren. Aus den vorliegenden Erfahrungen bietet er Diskussionshilfen für den Auf- und Ausbau einer Infrastruktur zur Unterstützung des freiwilligen Engagements, für die Vernetzung der bestehenden Einrichtungen sowie für deren längerfristige Absicherung.**

In den Kommunen, in denen es bereits eine Informations- und Kontaktstelle für freiwilliges Engagement gibt, geht es nicht um die Forderung nach einer weiteren Beratungsstelle. Es geht darum, wie die bisherige Unterstützungsstruktur effektiver, zielgruppengerecht und themenübergreifend gebündelt und weiterentwickelt werden kann, wie Engagement im Gemeinwesen durch kommunale Förderung unterstützt werden kann.

In Deutschland entsteht erst allmählich ein allgemein akzeptierter Begriff für die vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements, des Ehrenamts, der Freiwilligenarbeit und der Selbsthilfe. Im Leitfaden wird als Oberbegriff dafür **"freiwilliges Engagement"** verwendet. Er setzt sich zunehmend in Praxis und Politik durch und schlägt auch eine Brücke zum international gebräuchlichen Begriff des "Volunteers". **Freiwilliges Engagement umfasst alle freiwilligen Aktivitäten der Bürger/innen für die Organisation von Gemeinschaftsaktivitäten sowie das politische, soziale und gesundheitliche Engagement.**

Wenn im Leitfaden Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen additiv angesprochen werden, werden sie als Informations- und Kontaktstellen für freiwilliges Engagement bzw. als Engagement unterstützende Einrichtungen bezeichnet. Die Bezeichnung **"Büro für**

Der Leitfaden bietet Diskussionshilfen zur Engagementunterstützung im Freiwilligenbereich der Kommunen

"Freiwilliges Engagement" Oberbegriff für die vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements, des Ehrenamts, der Freiwilligenarbeit und der Selbsthilfe.

**freiwilliges Engagement und Selbsthilfe"** steht für die **integrierte Konzeption der infrastrukturellen Unterstützung** des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe, in die Aufgaben und Funktionen von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligen Agenturen einbezogen werden (vgl. **Kp. 9**).

## Grundlagen des Leitfadens

Grundlage des Leitfadens sind neben Berichten über den Nutzen und die Leistungen von Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen Erkenntnisse aus drei Befragungen, die im Auftrag des BMFSFJ durchgeführt wurden:

- der repräsentativen Bevölkerungsbefragung über das freiwillige Engagement in Deutschland ("Freiwilligensurvey 1999") des Projektverbundes: Infratest Burke München, ISAB-Institut Köln, Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, IES-Institut Hannover.
- der Befragung von Kommunen zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe sowie von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen u. ä. E. durch das ISAB im Rahmen des Projektes "Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen".

## Literatur und Stichwortverzeichnis

Die Literaturhinweise bieten vertiefende Anregungen zum Thema Engagementförderung. Das Stichwortverzeichnis erleichtert das Auffinden zentraler Themen, Fakten und Botschaften des Leitfadens.

# 2 Kurzfassung der Empfehlungen

Ohne die große Zahl freiwillig engagierter Bürger/innen wären die Kommunen um eine Vielzahl von sportlichen, kulturellen, Bildungs- und Freizeitangeboten ärmer, um soziale und gesundheitliche Hilfeleistungen, aber auch um die Mitwirkung von Bürger/innen an der Zukunftsgestaltung des Gemeinwesens. Damit gelebte Demokratie und die lebendige Gemeinschaft der Bürger/innen nicht nur bewahrt, sondern gestärkt werden, sollte **das freiwillige Engagement mit seiner Leistungsvielfalt, in den verschiedenen Organisationsformen und Engagementbereichen** gefördert werden. Das freiwillige Engagement ist instabiler als oft angenommen und hoher Fluktuation unterworfen. Deshalb kann nicht mit Selbstverständlichkeit davon ausgegangen werden, dass es immer so erhalten bleibt oder gar wächst.

**Engagementförderung zur Verbesserung der Zugangschancen zum freiwilligen Engagement ist notwendig** wegen des hohen Interesses der



Bürger/innen am freiwilligen Engagement und an der Information und Beratung über Gelegenheiten hierzu. Die meisten Freiwilligen kommen durch aktive Ansprache zu ihrer Tätigkeit, nicht aus Eigeninitiative. Diejenigen, die selbst keinen Kontakt zu bestehenden Gruppen, Vereinen oder Verbänden haben, werden bisher nicht angesprochen.

**Die Befragung der Kommunen und der Informations- und Kontaktstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe hat gezeigt, dass eine Weiterentwicklung der bisher entstandenen Unterstützungsstrukturen notwendig ist.** Durch den Auf- oder Ausbau eines Büros oder eines Netzwerkes für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe kann erreicht werden, dass:

- alle Bevölkerungsgruppen in allen Engagementbereichen über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement und zur Selbsthilfe informiert, beraten und unterstützt werden;
- die Bündelung des Know-How und der Ressourcen von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und ähnlicher Einrichtungen bessere Chancen zur längerfristigen Absicherung und Finanzierung einer Engagement unterstützenden Infrastruktur in den Kommunen bieten.

**Um erfolgreich zu sein, bedarf es eines engagementfreundlichen Klimas in der Kommune, das von Politik, Verwaltung und Medien angestrebt werden sollte.** Engagementförderung kann nachhaltig nur auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Die Kommunen sollten die Initiierung und Koordinierung einer Engagement unterstützenden Infrastruktur übernehmen und in der Verwaltung Ansprechpartner/innen für den Freiwilligenbereich benennen.

Die Ausgangssituation in den Kommunen ist unterschiedlich. Viele haben noch keine entsprechende Infrastruktur, andere z. T. mehrere Informations- und Kontaktstellen mit unterschiedlicher Ausrichtung. Die Regel ist, dass es entweder nur eine Selbsthilfekontaktstelle oder eine Freiwilligenagentur oder ein Seniorenbüro gibt. Statt weiter nebeneinander arbeitende Anlauf- und Kontaktstellen zu schaffen, sollten Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros zu einer Gesamtkonzeption weiterentwickelt werden. **Es bieten sich drei Wege der zukunftsweisenden Engagementförderung an:**

- der **Aufbau von Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe** in Kommunen, in denen es bisher noch keine Selbsthilfekontaktstelle, Seniorenbüro und Freiwilligenagentur gibt;

- der **Ausbau** einer Selbsthilfekontaktstelle, eines Seniorenbüro oder einer Freiwilligenagenturen **zu einem Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**, um themenübergreifend das ganze Spektrum von Engagementbereichen und alle Bevölkerungsgruppen durch Information, Beratung und Vermittlung zu erreichen;
- die Einbindung der bestehenden Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen in Kommunen mit mehr als 400.000 Einwohnern in ein "**Netzwerk für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**", um bisher nicht angesprochene Engagementbereiche und nicht erreichte Zielgruppen besser zu unterstützen.

Die Kosten eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe liegen unter den Kosten der additiven Finanzierung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E., obwohl sie ein breiteres Leistungsspektrum im Freiwilligensektor und breitere Nutzerkreise ansprechen und erreichen. Dies ist durch den effektiveren Mitteleinsatz eines integrierten Gesamtkonzeptes möglich. Engagementförderung erfordert Investitionen in die personelle und sachliche Ausstattung der Büros, die von den Kommunen und den Bundesländern, aber auch von Verbänden, Krankenkassen und über Social Sponsoring finanziert werden soll. Sowohl das Gemeinwesen, als auch die Bürger/innen profitieren von den Impulsen, die von einer Engagement unterstützenden Infrastruktur ausgehen, und von der gesellschaftlichen Wertschöpfung freiwilliger Leistungen.

### 3 Welche Chancen eröffnet das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern den Kommunen?

Die Debatte um demokratische Teilhabe erfolgt im lokalen Raum zwischen gewählten Vertreter/innen, Verwaltung, Interessengruppen und engagierten Bürger/innen. Makropolitische Probleme, die Auswirkungen der Globalisierung sowie die Aktivitäten der überregionalen Verbände und Organisationen werden im lokalen Raum sinnlich erfahrbar. Im Gemeinwesen erleben Bürger/innen denjenigen Teil ihres Engagements, bei dem es unmittelbar um den Alltag, um Kontakte, Spaß, Kommunikationserfolg oder auch um Organisationsnöte geht. Sie brauchen auf der lokalen Ebene deshalb offene, niedrighschwellige, an ihrer Lebenswelt orientierte Formen des Miteinander im freiwilligen Engagement.

Die Attraktivität der Kommune steigt mit dem Umfang des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.

Gemeinsame Aktivitäten interessierter Bürger/innen, aber auch Leistungen für andere werden freiwillig und unentgeltlich erbracht. In Selbsthilfegruppen und Initiativen engagieren sie sich für soziale und gesundheitliche Anliegen und Probleme. Die Bürger/innen gestalten dadurch die **Lebensqualität in den Kommunen** selbst aktiv mit. Die Attraktivität

einer Kommune steigt mit der Zahl freiwilliger Aktivitäten im Freizeit-, Sport-, Kultur-, Bildungs- und Sozialbereich etc. an. Als öffentliche oder private Dienstleistungen wären diese weder zu steuern noch zu finanzieren. Ziel einer Engagement unterstützenden Politik kann es weder sein, den öffentlichen Raum für das Engagement zu verplanen, noch den Raum "sich selbst zu überlassen". Sie stabilisiert bestehendes freiwilliges Engagement und erleichtert es dort, wo die Bereitschaft dazu vorhanden ist.

Aber dies ist nur die eine Seite des freiwilligen Engagements. Im Bericht 6/1999 der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) "Bürgerengagement - Chance für Kommunen" wird dargestellt, warum für die Kommunen das freiwillige Engagement und seine Förderung von hohem Nutzen sind. Bürger/innen übernehmen mit ihrem freiwilligen Engagement selbst **Verantwortung innerhalb der Kommune**, in einem Stadtteil, einer Gruppe, einem Verein oder einer Organisation. Sie begründen und erhalten somit **lebendige Gemeinschaft und direkte Beteiligung**. Die Übergänge zur aktiven Beteiligung an der Weiterentwicklung kommunaler Vorhaben in Verantwortung der Kommunalpolitik und -verwaltung sind fließend. Freiwillig Engagierte kommen dem Interesse der Kommunen an Bürger/innen entgegen, die nicht auf Versorgung durch den Staat und öffentliche Einrichtungen warten, sondern die Eigenverantwortung, Eigenaktivität, Selbsthilfe und Partizipation favorisieren.

### 3.1 Welche Bereiche und Organisationsformen umfasst der Freiwilligensektor in einer Kommune?

Freiwilliges Engagement findet man in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Kommunalpolitikerinnen und -politiker und Verantwortliche in der Verwaltung kommen mit manchen Gruppen von Engagierten mehr, mit anderen weniger in Kontakt. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn ein Sportamtsleiter bei der Unterstützung des freiwilligen Engagements andere Personen und Aktivitäten ins Auge fasst als beispielsweise ein Mitglied des kommunalen Sozialausschusses. Um eine fundierte Informationsbasis für die Diskussion in den Kommunen zu bieten, werden wichtige Ergebnisse des "Freiwilligensurvey 1999" zusammengefasst. Er ist aktuell die umfangreichste Datenbasis zum freiwilligen Engagement in Deutschland. **Er öffnet den Blick für die Strukturen und Prozesse im Freiwilligensektor einer Kommune als einem zunehmend wichtigeren neuen Politik- und Gestaltungsbereich.**

#### Der Freiwilligensektor: 14 Engagementbereiche

Der Überblick über das freiwillige Engagement in seiner Gesamtheit wird dadurch erschwert, dass es sich in Bereichen mit unterschiedlichen Zielen, organisatorischen Strukturen und Leistungen abspielt. Für die Engagementförderung ist es wichtig, diese Unterschiede im Auge zu behalten und den Blick für das gesamte Spektrum der gesellschaftlichen Bereiche zu öffnen, in denen sich Bürger/innen freiwillig und bürgerschaftlich engagieren (vgl. **Abb. 3.1**).

Freiwilliges Engagement bedeutet Verantwortungsbüro und Gemeinschaftsbildung der Bürger/innen.

Der Freiwilligensurvey 1999 öffnet den Blick für die Strukturen und Prozesse im Freiwilligenbereich.

Freiwilliges Engagement gibt es in vielen Bereichen und mit unterschiedlichen Zielsetzungen.

**Abb. 3.1: Freiwillig Engagierte  
in 14 Engagementbereichen  
- in % der Bevölkerung ab 14 Jahren -**

*Bitte sagen Sie mir, ob Sie sich in einem oder mehreren dieser Bereiche aktiv betätigen.*

*[Wenn ja:] Haben Sie derzeit in diesem Bereich auch Aufgaben oder Arbeiten übernommen, die Sie freiwillig oder ehrenamtlich ausüben?*



© ISAB-Institut Köln 4/2000, Freiwilligenurvey 1999. (n = 14.922)

Es gibt **Engagementbereiche** wie Sport und Bewegung, Freizeit und Geselligkeit, Kultur und Musik, die vorrangig vom Zusammenschluss interessierter Bürger/innen leben, weil diese **gemeinsame Aktivitäten** durchführen wollen. In anderen Bereichen dient freiwilliges Engagement stärker der **Mitsprache und Interessenvertretung**, so in Schulen und Kindergärten, in beruflichen Zusammenhängen oder der Politik. Wieder andere Bereiche zeichnen sich dadurch aus, dass vor allem **Leistungen für andere Bürger/innen** erbracht werden, die sie nicht selbst engagieren, teilweise nicht engagieren können, etwa im sozialen oder im Gesundheitsbereich, in der Jugend- und Bildungsarbeit, bei Rettungsdiensten und der freiwilligen Feuerwehr. In Umwelt, Natur- und Tierschutz ist die **Mitgestaltung der Lebensbedingungen** für alle Bürger/innen Ziel des Engagements. Im kirchlichen und religiösen Bereich kommt

eine Mischung aus verschiedenen Elementen zum Tragen.

Gerade in dieser Vielfalt wird die Bedeutung des Bürgerengagements sichtbar, das in der Lage ist, selbst kleinere Interessengruppen zu organisieren, was über Marktangebote oder öffentliche Programme kaum effizient möglich wäre. Die Engagierten wiederum bieten vielen Bürger/innen Gelegenheiten, aktiv mitzumachen.

### **Organisationsformen des freiwilligen Engagements**

Engagementförderung bedeutet Zusammenarbeit mit den Organisationen, Vereinigungen und Gruppen, in denen sich Freiwillige engagieren. Es gibt sehr **unterschiedliche Organisationsformen** für freiwilliges Engagement. Die Vereine als leicht zu realisierende Zusammenschlüsse dominieren im freiwilligen Engagement. Verbände, Parteien und Gewerkschaften, die bereits auf eine Tradition darin verweisen können, organisieren zusammen etwa ebenso viele Freiwillige wie Kirchen, öffentliche Einrichtungen oder wie die vielen kleineren Initiativen, Projekte und Selbsthilfegruppen (vgl. **Abb. 3.2**).

Es gibt Engagementbereiche mit klaren Schwerpunkten für bestimmte Organisationsformen. Besonders ausgeprägt ist die **Organisationsvielfalt im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie in der Jugend- und Bildungsarbeit**. Die Konzentration der Förderung auf einzelne Organisationstypen würde nur wenigen Freiwilligen oder Interessierten zugute kommen. Da die Bürger/innen selbst entscheiden, wie und wo sie sich engagieren, darf auf diese Situation nicht im Sinne einer Vereinheitlichung Einfluss genommen werden. Besonders die kleineren Freiwilligenvereinigungen wie Selbsthilfegruppen, Projekte und Initiativen setzen dem langfristigen Engagement in Großorganisationen eher befristete, eingegrenzte und mit größeren Gestaltungsspielräumen verbundene Freiwilligenarbeit entgegen. Für die Bürger/innen liegen darin besondere Chancen.



Ihnen bieten sich **Wahlmöglichkeiten**, über die sie nach persönlichen und inhaltlichen Präferenzen entscheiden können. Engagementförderung sollte diese Wahlmöglichkeit erhalten, nicht beschneiden.

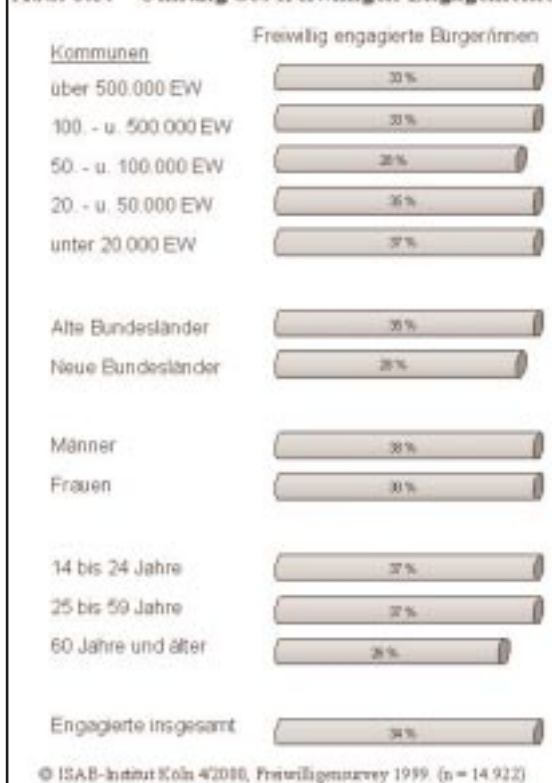
### Wie verstehen engagierte Bürgerinnen und Bürger ihr freiwilliges Engagement?

In Politik und Verwaltung ist der gebräuchlichste Begriff für freiwilliges Engagement der des "Ehrenamts". Aber verstehen sich der Übungsleiter im Sportverein, die Rentnerin, die regelmäßig die Kirche mit Blumen schmückt, die Helferin im Tierheim als Ehrenamtliche? Tatsächlich benennt nur ein knappes Drittel der Freiwilligen ihre Tätigkeit als "Ehrenamt", hingegen die Hälfte als "Freiwilligenarbeit". Als "Bürgerengagement", "Initiativen- und Projektarbeit" oder "Selbsthilfe" bezeichnen 15% der Bürger/innen ihr Engagement.

Organisationsvielfalt bietet den Bürger/innen Wahlmöglichkeiten und zusätzliche Chancen.

Mit dem "Internationalen Jahr der Freiwilligen" werden sich somit mehr Bürger/innen angesprochen fühlen als mit öffentlichen Aktivitäten, die den Begriff des Ehrenamts in den Vordergrund stellen. Vorerst wird es noch erforderlich sein, bei der Ansprache aller Freiwilligen mit mehreren Begrifflichkeiten zu operieren, um keine Gruppe wegen ihres Selbstverständnisses auszuschließen.

**Abb. 3.3: Umfang des freiwilligen Engagements**



### 3.2 Welche Bürgerinnen und Bürger engagieren sich freiwillig?

Der Umfang des freiwilligen Engagements in Deutschland ist dem Freiwilligenurvey 1999 zufolge größer als bisher angenommen. Deutschland kann dem internationalen Vergleich standhalten. Bisher unterschiedliche Aussagen über die Zahl der Freiwilligen liegen in methodischen Schwierigkeiten, die auch daher rühren, dass es im deutschen Sprachraum keinen gemeinsamen Begriff für freiwillige Aktivitäten, Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe gibt.

#### Neue Erkenntnisse über den Umfang des freiwilligen Engagements

Nach dem Freiwilligenurvey 1999 sind **34% der Bevölkerung ab 14 Jahren freiwillig engagiert**. Hochgerechnet für die Bundesrepublik Deutschland sind dies 21,4 Mio. Menschen, die im Durchschnitt 1,6 Tätigkeiten ausüben. Den Umfang des

freiwilligen Engagements in den alten und neuen Bundesländern, die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie die Beteiligungsquote der Altersgruppen zeigt **Abb. 3.3**.

Der Freiwilligensektor ist größer als bisher angenommen.

Obwohl ein Drittel der Bevölkerung sich in irgendeiner Weise engagiert, ist Engagementförderung zur Aufrechterhaltung und Aktivierung der Engagementbereitschaft der Bürger/innen notwendig. Auch dies zeigen die Ergebnisse des Freiwilligenurvey. Tätigkeiten werden nicht so kontinuierlich ausgeübt, dass auf längere Sicht von einer gleichbleibenden Zahl engagierter Bürger/innen ausgegangen werden kann. Viele Bürger/innen engagieren sich befristet, manche immer wieder neu oder in neuen Aufgaben oder Bereichen. Ein Drittel aller Freiwilligen hat die aktuelle freiwillige Tätigkeit in den letzten zwei Jahren übernommen oder kann bereits das Ende absehen.

Starke Ein- Aus- und Wiedereintrittsbewegungen im Freiwilligensektor.

Der **Freiwilligensektor** ist durch **starke Ein- und Austrittsbewegungen** gekennzeichnet. Seine Dynamik lässt sich am besten verstehen durch ein Bild ineinander greifender Strömungen und Austauschbewegungen. Freiwilliges Engagement ist keine Tätigkeit auf Lebenszeit. Viele Menschen engagieren sich aus einem bestimmten Anlass und in einer bestimmten Lebenssituation auf Zeit. Die Aus- und Eintrittsbewegungen können daher

**kurzfristige Verschiebungen im Umfang und bei den inhaltlichen Schwerpunkten** des freiwilligen Engagements auslösen. Der aktuelle Umfang des freiwilligen Engagements darf deshalb nicht darüber hinweg täuschen, dass Anstrengungen erforderlich sind, dieses Niveau quantitativ und qualitativ zu erhalten.

### Das Engagementpotenzial und seine Aktivierung

Dass Engagementförderung als kommunale Förderstrategie eine Chance hat, ergibt sich aus der Engagementbereitschaft der Bürger/innen. Der Freiwilligensurvey 1999 zeigt neben den bereits freiwillig Tätigen ein **zusätzliches Potenzial** in nahezu gleichem Umfang.

Dieses **setzt sich aus drei Gruppen zusammen:** den "Expansiven", den "Ehemaligen" und den "Neuen" (vgl. **Abb. 3.4**).

Für diese Gruppen, ein Drittel der Freiwilligen, und etwa 40 % der aktuell nicht Engagierten soll ein Weg zu Gelegenheiten des freiwilligen Engagements gebahnt werden, der ihren Bedürfnissen entgegen kommt. Sie sind grundsätzlich auf freiwillige Mitarbeit ansprechbar. Viele von ihnen haben Vorstellungen, in welchen Bereichen sie sich engagieren möchten, wobei Sport und Soziales gleichermaßen herausragen. Bei den bereits im Engagement Erfahrenen überwiegt der Wunsch, in einem neuen Bereich tätig zu werden, so dass auch hier nicht einfach an frühere Erfahrungen angeknüpft werden kann. Es fehlen konkrete Gelegenheiten in ihrem Lebensumfeld oder deren Kenntnis, was sich u. a. nach Umzügen ehemaliger Freiwilliger zeigt. Hieraus resultieren Anforderungen an die Zielsetzung und die Strategien der Engagementförderung in Kommunen.

**Abb. 3.4: Engagementpotenzial in Deutschland**

<b>Freiwillig Engagierte</b> 34%	<b>Personen, die derzeit nicht engagiert sind</b> 66%	
↳ davon bereit und in der Lage, ihr Engagement noch auszuweiten 34%	davon waren ...	
	früher einmal engagiert 31%	bisher nicht engagiert 67%
	davon heute oder zukünftig interessiert ...	
	sich wieder zu engagieren 47%	sich erstmals zu engagieren 37%
<b>"Expansive"</b>	<b>"Ehemalige"</b>	<b>"Neue"</b>
in % aller Befragten		
11%	10%	16%
<b>Nicht genutztes Engagementpotenzial insgesamt: 37 %</b>		
© Quelle: Klages 2000, Freiwilligensurvey 1999. (n = 14.922)		

Neben den bereits freiwillig Tätigen gibt es ein zusätzliches Potenzial.

# 4 Wie gelangen die Bürgerinnen und Bürger ins freiwillige Engagement? Welche Unterstützung erwarten sie dabei?

Wenn ein erheblicher Anteil der Bürger/innen Interesse am freiwilligen Engagement bekundet, dieses Interesse aber nicht praktisch umgesetzt, stellt sich die Frage, ob und wie hierauf Einfluss genommen werden kann. Aufschlüsse hierzu geben die Befunde des Freiwilligensurvey über den Weg, auf dem Bürger/innen zum freiwilligen Engagement finden.

Anstöße von außen sind häufig der Anlass zur Übernahme freiwilliger Tätigkeiten.

Die meisten Bürger/innen gelangen nicht - wie häufig unterstellt - durch Eigeninitiative zu ihrer freiwilligen Tätigkeit, sondern meist dadurch, dass sie von anderen darauf angesprochen werden (vgl. **Abb. 4.1**). **Anstöße von außen sind häufig der Anlass zu der freiwilligen Übernahme von Aufgaben. Diese Kenntnisse sind für die Engagementförderung wichtig.** Nicht nur die aktive Suche nach einer freiwilligen Tätigkeit, sondern die **"Werbung"** ist in erster Linie für den Umfang des freiwilligen Engagements verantwortlich. Die **zukünftigen Freiwilligen sollten gezielt angesprochen werden**, sich zu engagieren. Es erhöht die Chance, dass eine größere Beteiligung erreicht wird, wenn die "Nachwuchsfrage" aktiv angegangen wird. "Anpacken statt abwarten!", so könnte die Devise für die Freiwilligen und ihre Förderer auf kommunaler Ebene heißen.



Die **Anstöße** kamen für die Mehrheit der Freiwilligen von **bereits engagierten Leitungspersonen oder Bekannten**. Im Vergleich dazu besitzen Medien und Informations- und Kontaktstellen bisher noch eine geringere Bedeutung. Praktisch hat man sich diesen "Werbevorgang" beispielsweise so vorzustellen, dass Sportler vom Vereinsvorsitzenden auf die Übernahme einer Gruppe angesprochen werden, Selbsthilfegruppenmitglieder auf die Ausföhrung besonderer Aufgaben, ein Elternteil vom ausscheidenden Elternbeirat auf die Kandidatur bei der nächsten Wahl. Es existieren in der Regel bereits vorher Beziehungen zwischen den angesprochenen und den engagierten Personenkreisen. Wo Freiwillige als Vorbilder wirken, wo das gesellschaftliche Klima und die



Wertschätzung der Leistungen Freiwilliger durch Öffentlichkeit und Politik gegeben sind, ist die Gewinnung von Freiwilligen erfolgreich. Sie kann jedoch diejenigen nicht erreichen, die zwar die innere Bereitschaft mitbringen, sich zu engagieren, aber noch nicht über persönliche Kontakte verfügen.

Erhöht wird diese Schwelle zum freiwilligen Engagement dadurch, dass viele Freiwillige **für ihre Aufgabe gewählt** werden oder in anderer Weise auf die **Akzeptanz ihres Umfeldes** angewiesen sind. Dies setzt in der Regel Vertrauen und Erfahrung voraus. Auch diese Bedingung können Bürger/innen leichter erfüllen, wenn sie sich lange in den entsprechenden Milieus bewegen, während mobile oder weniger integrierte Menschen sich damit schwerer tun und oft zuerst den **Zwischenschritt über die Beteiligung als aktives Mitglied** gehen.

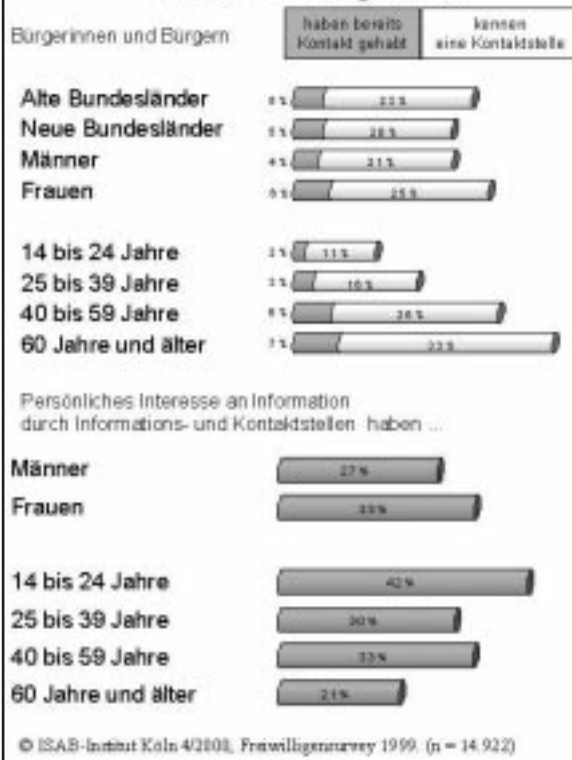
Aktive Ansprache verspricht somit Erfolge bei der Gewinnung von Freiwilligen. Mit einer auf der "Komm-Struktur" basierenden Engagementförderung können hingegen nur wenige erreicht und mit den relevanten Informationen versorgt werden. In Kommunen bestehen die besten Möglichkeiten zur Ansprache auf Gelegenheiten zum Engagement und für die Motivierung zur Selbsthilfe.

Die Bürger/-innen erwarten bessere Information und Beratung über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement und zur Selbsthilfe.

**Auch die engagierten Bürger/-innen erwarten Unterstützung**  
**An erster Stelle erwarten die bereits engagierten Freiwilligen öffentliche Unterstützung in Form von Information und Beratung über die Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement** (vgl. Abb. 4.2). Fünf Prozent aller Bürger/innen hatten bereits Kontakt mit einer solchen Stelle (vgl. Abb. 4.3). Das persönliche Interesse an einschlägigen Informationen ist jedoch mit 30% wesentlich größer. Auf die Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet sind dies **18 Millionen Menschen, die Leistungen von Informations- und Kontaktstellen nutzen wollen**. Insofern existiert eine Diskrepanz zwischen erklärten Informationswünschen und deren Realisierung. Diese Wahrnehmung der Bürger/innen steht im Gegensatz zur eher positiven Beurteilung der gegenwärtigen Informations- und Bera-



**Abb. 4.3: Bekanntheit von Informations- und Kontaktstellen sowie Informationsinteresse der Bürger/innen**



tungsmöglichkeiten sowohl durch die Kommunen selbst als auch durch die Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen.

Die Informations- und Beratungsmöglichkeiten sind fast 30% der Bevölkerung bekannt, aber mehr als 70% haben bisher keine konkrete Möglichkeit, sich informieren und beraten zu lassen. Auffallend sind **Diskrepanzen zwischen der Kenntnis von Informations- und Kontaktstellen und dem Informationsinteresse**. Mit steigendem Lebensalter nimmt der Bekanntheitsgrad von Informations- und Kontaktstellen deutlich zu. Für Senior/innen sieht die Situation daher günstig aus. Das Interesse an Informationen über freiwilliges Engagement ist **bei jungen Menschen am größten** und wird am wenigsten befriedigt.

Die Herausforderung für die Engagementförderung besteht somit in der aktiven Ansprache interessierter Bürger/innen unter besonderer Berücksichtigung bisher kaum erreichter Zielgruppen und die Erleichterung des Zugangs zum freiwilligen Engagement durch Information und Beratung über entsprechende Gelegenheiten.

## 5. Wie unterstützen Kommunen das freiwillige Engagement?

Die Engagementförderung in Kommunen ist vielfältig, aber unübersichtlich.

Freiwilliges Engagement zu unterstützen, ist für Kommunen nicht neu, aber die bereichsübergreifende Sichtweise der Engagementförderung ist den meisten noch fremd. Aufgaben und Haushaltsmittel für den Freiwilligen Sektor sind nach kommunalen Ressorts aufgeteilt (vgl. **Abb. 5.1**). Diese betreiben beispielsweise Sport- oder Kulturförderung, unterstützen freiwilliges Engagement im Jugend- oder Sozialbereich oder fördern die freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienste.

In der Regel erfolgt die kommunale Unterstützung des freiwilligen Engagements in Abstimmung zwischen den Fachverwaltungen und den mit ihnen kooperierenden Vereinigungen und Trägern. Mit zu den wichtigsten

kommunalen Partnern zählen die Wohlfahrtsverbände. Jede Fachverwaltung (Dezernat) beschränkt sich auf die Bereiche, die in ihre Zuständigkeit fallen. Vorrangig erfolgt die Förderung bei den Zuständigen für Sport, Jugend, Kultur und Soziales sowie den Beauftragten für Frauen, Senioren oder Behinderte.

Die Engagementförderung ist in den Kommunen politisch und administrativ den jeweiligen Ressortthemen zugeordnet, der Sport- und Kulturpolitik, der Sozial- und Gesundheitspolitik, der Umwelt- und Jugendpolitik usw. Die **Entwicklung einer eigenständigen Politik der Engagementförderung** steht noch am Anfang. Eine Veränderung dahin wird durch die Aufteilung der Zuständigkeiten für verschiedene Engagementbereiche auf die einzelnen Ämter oder Fachabteilungen und punktuelle Fördermaßnahmen erschwert, weil sie quer zu bestehenden Verantwortlichkeiten liegt.

Beispielhaft ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg. Sie ist auf dem Weg aus dem Stadium exemplarischer Unterstützung einzelner Projekte hin zum Aufbau einer breiten förderlichen Infrastruktur. Die Förderung im lokalen Raum hat das Stadium einer langfristigen kontinuierlichen Gestaltungsaufgabe und den Charakter eines institutionalisierten Dauerlernens erhalten.

Beispielhafte Engagementunterstützung in Baden-Württemberg.

Eine **Übersicht über die Förderpraxis** ist nur schwer zu gewinnen. Die Befragung der Kommunen zeigt, dass auch die Gesamtmittel, die für den Freiwilligensektor aufgewendet werden, nur teilweise beziffert werden können. Haushaltsmittel für den Freiwilligensektor werden in unterschiedlichem Umfang in den Verwaltungshaushalten der Kommunen bereitgestellt:

- 32 % der Kommunen: bis 0,3 %
- 46 % der Kommunen: 0,4 bis 1 %
- 18 % der Kommunen: 1 bis 4 %
- 6 % der Kommunen: mehr als 4 %

Einige Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern beziffern die für Engagementförderung aufgewendeten Beträge auf 120.000 DM, während kleinere Kommunen z.T. das Dreifache bereitstellen. Dies verweist auf eine sehr unterschiedliche Förderpraxis



sowie auf **fehlende Transparenz über die Förderbereiche und -mittel**. Für eine abgestimmte und auch in ihrer Wirkung transparente Politik der Engagementförderung ist diese Situation wenig hilfreich.

Die Förderung des freiwilligen Engagements ist eine wichtige kommunale Aufgabe.

### Bisherige Ziele kommunaler Engagementförderung

Die in den letzten Jahren verstärkt geführte Debatte über freiwilliges Engagement, über neue Beteiligungsformen für Bürger/innen an kommunalen Entscheidungen und über eine neue Aufgabenverteilung zwischen Bürger/-innen und Verwaltung wird in den kommunalen Zielsetzungen aufgegriffen. Ermutigend ist, dass die **Förderung des freiwilligen Engagements von 91% der befragten Kommunen als wichtige kommunale Aufgabe gesehen wird**.

Dabei messen die Kommunen der Einbeziehung der Bürger/innen, Initiativen und Organisationen in Planungs- und Gestaltungsentscheidungen einen hohen Stellenwert bei (vgl. **Abb. 5.2**). Die Übernahme öffentlicher Aufgaben durch Bürger/innen sowie die Bereitstellung von Ressourcen für freiwilliges Engagement werden von vielen Kommunen angestrebt. Die Bedeutung der Informations- und Kontaktstellen wird von den Kommunen um so höher geschätzt, je größer die Einwohnerzahl ist. Einschätzung und Förderpraxis gehen dabei meist Hand in Hand. Die praktizierte Engagementförderung ist ein Spiegelbild der Überzeugung in kommunalen Politik- und Verwaltungskreisen.



### Praxis der Engagementförderung

Die **Kommunen unterstützen vor allem traditionelle Engagementbereiche**: Sport, Kultur, Unfall-/ Rettungswesen und die freiwillige Feuerwehr (vgl. **Abb. 5.3**). Weitere Schwerpunkte liegen beim Freizeitbereich, der Jugendarbeit, beim Bereich Soziales sowie dem Bereich Schule und Kindergarten. Die Freiwilligen werden unterstützt, insbesondere um Organisationsleistungen zu erbringen und praktische Aufgaben zu erledigen, damit andere Bürger/innen sich an sportlichen, kulturellen oder anderen Freizeitangeboten beteiligen können.

### Informations- und Kontaktstellen haben in der Regel andere Schwerpunkte

Sie unterstützen vorrangig den sozialen und Gesundheitsbereich, fördern aber auch Mitsprache und Inter-

essenvertretung in anderen Bereichen. Auch in den anderen Engagementbereichen unterstützen sie besonders engagierte Bürger/innen, die persönliche Hilfen erbringen, und fördern deren Selbstorganisation. Dabei arbeiten sie mit den Trägerorganisationen des freiwilligen Engagements zusammen. Durch ihre Arbeit ergänzen die Informations- und Kontaktstellen auch die anderen Formen kommunaler Engagementförderung.

**Die Förderung des freiwilligen Engagements durch die Kommune erstreckt sich auf eine Vielzahl unterschiedlicher Unterstützungsleistungen.** Hierbei bestehen erhebliche Unterschiede zwischen Kommunen mit und ohne Engagement unterstützenden Informations- und Kontaktstellen.

- **Direkte Zuwendungen:** Direkte Mittelvergabe an Vereine, Selbsthilfegruppen, Initiativen und Projekte gibt es in fast allen Kommunen, wenn auch in unterschiedlichem Umfang. Damit werden insbesondere finanzielle Aufwendungen der Freiwilligen unterstützt.

- **Indirekte Förderung über Wohlfahrtsverbände:**

Von etwa der Hälfte der Kommunen werden Zuwendungen zur Förderung des freiwilligen Engagements gezahlt. In Anwendung des Subsidiaritätsprinzips übernehmen die Wohlfahrtsverbände als wichtiger Partner der Kommune für die Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe die Aufgabe, Freiwilligen ein organisatorisches Dach und konkrete Tätigkeitsfelder anzubieten, in die sie ihr Engagement einbringen können.

- Durchführung von **Veranstaltungen, Ehrungen oder Preisverleihungen für Freiwillige** oder für Freiwilligen-Vereinigungen.

- **Förderung von Netzwerken und Bürgerbeteiligung:**

**Abb. 5.3: Von Kommunen sowie Informations- und Kontaktstellen unterstützte Engagementbereiche**

Es gibt ein breites Spektrum an Bereichen, in denen sich Bürger/innen in Vereinen, Initiativen, Projekten und Selbsthilfegruppen freiwillig engagieren. Welche Engagementbereiche unterstützt Ihre Kommune? (Skala 1-3)

Welche Engagementbereiche unterstützt Ihre Kontaktstelle? (Skala 1-3)

Geförderte Engagementbereiche	Kommunen		Info- u. Kontaktstellen	
	intensiv	teilweise	oft	gelegentlich
Sport und Bewegung	82 %	17 %	22 %	59 %
Unfall- / Rettungsdienst, freiwillige Feuerwehr	74 %	23 %	4 %	24 %
Kultur und Musik	72 %	27 %	23 %	39 %
Außerschulische Bildungs- und Jugendarbeit	61 %	36 %	22 %	48 %
Freizeit und Geselligkeit	60 %	36 %	44 %	42 %
Sozialer Bereich	62 %	43 %	83 %	15 %
Schule / Kindergärten	42 %	50 %	12 %	41 %
Bürgerchaftliche Aktivitäten d. Gemeinde	33 %	55 %	23 %	49 %
Umwelt, Natur/ Tierschutz	27 %	66 %	8 %	42 %
Gesundheitsbereich	21 %	52 %	71 %	20 %
Kirchlicher / religiöser Bereich	18 %	60 %	14 %	39 %
Politik und politische Interessenvertretung	17 %	54 %	16 %	50 %
Justiz, Kriminalitätsprobleme	10 %	41 %	5 %	36 %

© Quelle: ISAB Institut Köln (3/00): Befragung von Kommunen (n = 317) sowie von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.

Maßnahmen, die auf die Partizipation der Bürger/innen an der Gestaltung des Gemeinwesens über die Beteiligung "fachkundiger Bürger" an kommunalen Gremien hinaus zielen, werden von den meisten Kommunen für wichtig gehalten.

- **Öffentlichkeitsarbeit:** Die Bürger/innen werden hierdurch auf Gruppen, Projekte oder Organisationen aufmerksam.
- **Informations- und Kontaktstellen für freiwilliges Engagement:** Information, Beratung und Vermittlung tragen zur besseren Nutzung des vorhandenen Engagementpotenzials bei.

Selbst in Kommunen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Förderungsmaßnahmen, wurde in der Regel noch kein integrierter Politikansatz zur Förderung des gesamten Spektrums der Engagementbereiche entwickelt. Häufig fehlt es an nachhaltigen Konzeptionen, parallele und unverknüpfte Einzelaktivitäten zu vernetzen.

### **Bewertung der Förderpraxis durch die Kommunen**

Die Kommunen selbst bewerten ihre Engagementförderung mit Zurückhaltung. Nur knapp die Hälfte geht davon aus, dass die Engagementförderung bereits ein qualitativ verändertes Verhältnis zwischen Bürger/-innen und Verwaltung bewirkt (vgl. **Abb. 5.4**). Die meisten folgen der Tradition, Engagementförderung punktuell zwischen Verwaltung auf der einen sowie Vereinen und Verbänden auf der anderen Seite zu betreiben. Eine **ressortübergreifende Förderung wird bislang von wenigen Kommunen umgesetzt**. Die veränderten Engagementmotive der Bürger/innen, sich mit Spaß zu engagieren, mitgestalten und Verantwortung übernehmen zu wollen, berücksichtigen zwei Drittel mehr oder weniger stark. Weniger als die Hälfte der Kommunen sind der Meinung, dass ausreichend Mittel zur Verbesserung der Informationsmöglichkeiten und Zugangswege im Haushalt bereitstehen.

Ressortübergreifende Engagementförderung gibt es in Kommunen bisher selten.

In Kommunen mit Informations- und Kontaktstellen für freiwilliges Engagement sind sowohl die Zieldiskussion als auch die Maßnahmen der Engagementförderung weiter entwickelt als in den übrigen. Dies ist das Ergebnis der Diskussionen, die der Einrichtung solcher Stellen vorausgingen und der fortlaufenden Thematisierung der Belange des freiwilligen Engagements durch die Informations- und Kontaktstellen.

### **Die Kommunen stehen vor zwei Aufgaben:**

- **Erstens** sollten sie ihren Informationsstand über das geförderte Engagementspektrum verbessern und mehr Transparenz über die Fördermaßnahmen herstellen.
- **Zweitens** sollten die punktuellen Fördermaßnahmen durch ressortübergreifende ergänzt werden, zu denen auch die Verbesserung der

Zugangschancen für interessierte Bürger/innen gehört.

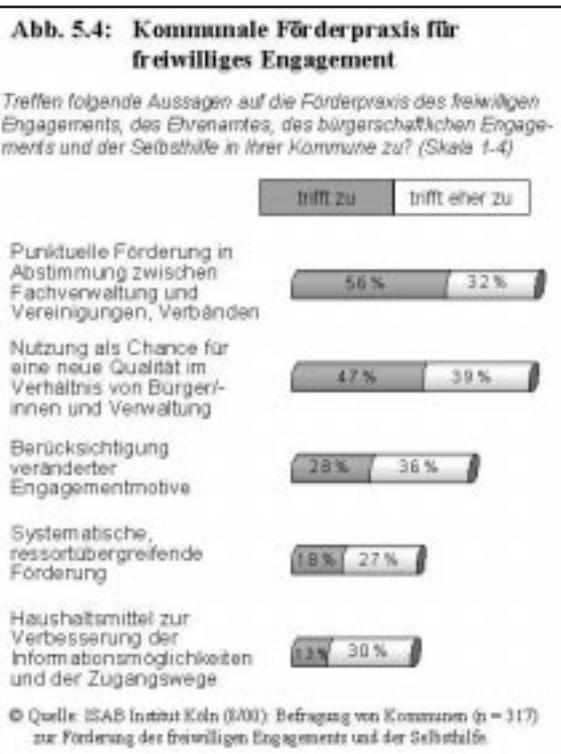
### Ziele und künftige Maßnahmen der Kommunen zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe

**Aufgabe der Kommunen ist es, neue förderpolitische Schwerpunkte zu setzen.** Die Konzentration auf die direkte Förderung des freiwilligen Engagements in vorhandenen Organisationen übersieht, dass auch unter demokratischen Verhältnissen die Schwierigkeit besteht, den Bedarf an Unterstützung von nicht organisierten Bürger/innen wahrzunehmen. Formale Organisationen besitzen eine größere Chance, Anerkennung bei Politik und Verwaltung zu finden. **Die Verwirklichung infrastruktureller Unterstützung in der Engagementförderung ist daher ein Akt bewusst gestaltender Politik.** Sie passt sich ein in einen breiteren förderpolitischen Rahmen, der beinhaltet,

- sowohl die **ressortbezogene Unterstützung** von freiwilligem Engagement und Selbsthilfe als auch **ressortübergreifende Aktivitäten** und deren Koordinierung zu fördern;
- die **infrastrukturelle Unterstützung** des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe durch geeignete Einrichtungen in kommunaler oder der Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden sicherzustellen;
- im Rahmen ihrer Möglichkeiten Gruppen, Vereine, Projekte etc. durch **direkte oder indirekte Zuwendungen** (z.B. die Bereitstellung von Räumen) zu stabilisieren;
- **Ansprechpartner/innen in der Verwaltung** für alle Formen des freiwilligen Engagements zu benennen. Diese Aufgaben lassen sich nicht effizient genug in einzelnen Ressorts umsetzen.

Kommunen sollten neue förderpolitische Schwerpunkte setzen.

Der **Freiwilligensektor ist ein gesellschaftlicher Bereich mit großer Fluktuation.** Gleichzeitig bleibt ein erheblicher Teil des Engagementpotenzials ungenutzt, weil es an Informations- und Anstoßkapazitäten fehlt. Angesichts der dauernden Veränderungen ist der Freiwilligensektor darauf angewiesen, dass das Potenzial besser ausgeschöpft wird. Die Verbesserung



Der Freiwilligen-  
sektor ist mit dem  
Arbeitsmarkt  
vergleichbar  
und braucht  
ähnliche  
Unterstützung.

Engagement-  
förderung soll  
alle Engage-  
mentbereiche  
und Alters-  
gruppen einbe-  
ziehen.

Bestandsauf-  
nahmen zum  
kommunalen  
Freiwilligen-  
sektor sind  
hilfreich.

Ein engage-  
mentfreund-  
liches Klima  
fördert das  
freiwillige  
Engagement  
und die  
Selbsthilfe.

der Zugangschancen zum freiwilligen Engagement ist **mit der Organisation des Arbeitsmarktes vergleichbar**, wo durch Information, Vermittlung und Qualifizierung die Austauschprozesse erleichtert werden. Da der existentielle Druck beim freiwilligen Engagement entfällt, entscheidet die Qualität der Kommunikationsprozesse über die Aktivierung zum Engagement bereiter Bürger/innen. Dies ist insbesondere für Zielgruppen wie jüngere Menschen und zugezogene Bürger/innen nach dem Wechsel ihrer Wohn- und Arbeitsumgebung wichtig. Während für die Eintritts-, Wiedereintritts- und Wechselvorgänge auf dem Arbeitsmarkt eine Reihe öffentlicher und privater Organisationen zuständig sind, trifft dies für vergleichbare Prozesse im Freiwilligen Sektor nur in Ansätzen zu. Öffentliche oder private Investitionen für freiwillige Leistungen werden oft als Widerspruch angesehen.

Die **Aktivierung des Engagementpotenzials** kann erreicht werden durch Ausweitung der Engagementförderung auf alle Altersgruppen und alle Bereiche des Freiwilligen Sektors, durch die Erleichterung des Erst- und Wiedereinstiegs in eine freiwillige Tätigkeit oder zur Selbsthilfe, durch Unterstützung des Wechsels von Freiwilligen, die sich anderweitig engagieren wollen, durch die Zusammenarbeit mit Gruppen, Vereinen, Verbänden und Einrichtungen bei der gezielten Ansprache und Einbeziehung neuer Freiwilliger, durch die Schaffung und Pflege eines freundlichen Klimas für freiwilliges Engagement, Bürgerengagement und Selbsthilfe, damit deren Attraktivität steigt.

**Voraussetzung für eine gezielte Engagementförderung** sind kommunale Bestandsaufnahmen über Umfang, Bedeutung und Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe. Verwaltungsintern bedeutet dies, gewachsene Förderstrukturen und die Rollen der damit befassten Ressorts zu überprüfen. Verwaltungsextern ist es Aufgabe von Politik und Verwaltung, sich regelmäßig über Situation, Entwicklung und Potenzial des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in der Kommune kundig zu machen und sich Klarheit über gewandelte Engagementmotive der Bürger/innen zu verschaffen. Beides wird von den befragten Kommunen für wichtig gehalten (vgl. **Abb. 5.5**).

Ein **engagementfreundliches Klima** wird heute überwiegend durch punktuelle öffentliche Veranstaltungen und Ehrungen für Freiwillige aus den verschiedenen Engagementbereichen herzustellen versucht. Damit diese Öffentlichkeitsarbeit nachhaltig zur Stabilisierung bestehender und zur Erschließung neuer Engagementpotenziale beiträgt, muss sie Kontinuität erhalten. Unter Einbindung bestehender Gruppen, Initiativen, Vereine und Verbände gelingt es besser, konkret und lebensnah über Mitwirkungschancen zu informieren.

Da es um einen breiten, gesellschaftlich relevanten Sektor geht und nicht nur um besondere Einzelpersonen, sollte die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu einem zentralen Thema von Verwaltung und Politik gemacht und in den Prozess einer **öffentlichen kommunalen Leitbildentwicklung** eingebunden werden. Damit kann den Bürger/innen die Glaub-



würdigkeit und Ernsthaftigkeit kommunaler Unterstützungsbemühungen vermittelt werden.

Die Kooperation zwischen Freiwilligen und der Kommunalpolitik und -verwaltung lässt sich realisieren durch die **Vernetzung von engagierten Personen, Gruppen und Organisationen** auf kommunaler Ebene, woraus auch Ansprechpartner/innen für Politik und Verwaltung hervorgehen können sowie durch den Austausch zwischen Freiwilligen, Kommunalpolitik und -verwaltung über die punktuelle Zusammenarbeit hinaus.

Verwaltungsintern wird die Unterstützung des freiwilligen Engagements erleichtert, wenn ständige **Ansprechpartner/innen für Freiwilligenorganisationen** in den kommunalen Ressorts benannt werden. Sie können Koordinierungsfunktionen übernehmen und die Arbeit der Informations- und Kontaktstellen maßgeblich unterstützen. Sie sollen jedoch nicht die Leistungen einer Informations- und Kontaktstelle erbringen. Viele Kommunen halten dies für eine wichtige Strategie. Ansprechpartner/innen gibt es bislang in 43% der befragten Kommunen, 7% planen deren Benennung.

Einige Kommunen haben auf der obersten Verwaltungsebene eine/n **Koordinator/in** eingesetzt und damit wichtige Diskussionsprozesse und Entwicklungen angestoßen (z.B. Bremen, Hamburg, Stuttgart). Allerdings ist die Bereitschaft, Schritte in diese Richtung zu unternehmen, geringer als zur Schaffung von Ansprechpartner/innen auf Ressortebene. 20% der befragten Kommunen stimmen einer solchen Maßnahme zu, ein weiteres Viertel kann sich dies vorstellen. Mit

Ansprechpartner/innen in der Verwaltung für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe.

**Abb. 5.5: Ziele und künftige Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen Engagements**

Wie sollten das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe durch die Verwaltung zukünftig unterstützt werden? (Skala 1-4)

Stimme zu (%) Kommunen Info- u. KS	Kommunen			Kreise
	über 400.000 €	100. – u. 400.000 €	unter 100.000 €	
durch Vernetzung u. Qualifizierungsmöglichkeiten	85 %	67 %	39 %	55 %
Leitbild einer bürgerorientierten Kommune u. Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als zentrales Thema von Verwaltung und Politik	67 %	67 %	74 %	64 %
Stärkere Anerkennung der Freiwilligen u. ihrer Leistungen für das Gemeinwesen	92 %	67 %	54 %	63 %
Bereitstellung von personellen und sachlichen Ressourcen für freiwilliges Engagement	54 %	84 %	85 %	73 %
Schaffung besserer Informations- u. Beratungsmöglichkeiten für Bürgerinnen, Gruppen, Vereine und Projekte	100 %	81 %	69 %	71 %
Verwaltung u. Politik sollten sich regelmäßig über Situation, die Entwicklung u. das Potenzial des freiwilligen Engagements u. der Selbsthilfe kundig machen	72 %	80 %	84 %	77 %
Benennung ständiger Ansprechpartner für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe durch Ämter und Fachabteilungen	69 %	43 %	34 %	34 %
	74 %	80 %	81 %	82 %
	62 %	36 %	32 %	30 %
	51 %	66 %	66 %	57 %
	85 %	65 %	40 %	44 %
	61 %	72 %	81 %	73 %
	46 %	43 %	39 %	46 %
	67 %	62 %	71 %	56 %

Koordinator/in auf der oberen Verwaltungsebene.

der Einrichtung einer Stabsfunktion wird der Engagementförderung ein höherer Stellenwert zugewiesen und die Erfolgchancen bereichs- und ressortübergreifender Maßnahmen verbessert.

Kommunale Beiräte oder Kuratorien sollen freiwilliges Engagement zum Thema machen und Vernetzungen anstoßen.

**Kommunale Beiräte** oder **Kuratorien**, die sich für die Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe einsetzen, **können den Entwicklungsprozess beratend begleiten, Vernetzungsaktivitäten anstoßen, Clearingfunktionen übernehmen und hilfreich für Leitbilddiskussionen sein.** In solchen Gremien sollten alle Akteure vertreten sein, die in der Kommune für die Unterstützung des freiwilligen Engagements eintreten können: **Politik, Verwaltung, Gruppen, Vereine, Verbände, Initiativen, Kirchen und Wirtschaftsunternehmen.** Bislang existieren solche Gremien in einem Drittel der Kommunen: 9% haben ein stadtübergreifendes Gremium, 24% unterhalten mehrere Gremien in verschiedenen Bereichen. Zwei Drittel der Kommunen haben noch kein Gremium mit entsprechenden Aufgaben geschaffen.

Kommunen sollten Partnerschaften zu Universitäten und Fachhochschulen aufbauen.

Universitäten und Fachhochschulen haben damit begonnen, das »Freiwillige Engagement« und dessen gesellschaftliche Bedeutung für Studenten in den Blick zu nehmen und ihnen Möglichkeiten und Nutzen des freiwilligen Engagements für die Gesellschaft zu verdeutlichen. Solche Initiativen sollten von Kommunen mit Universitäten und Fachhochschulen im Rahmen ihrer Engagementförderung aufgegriffen und unterstützt werden. Durch die Einbindung von Hochschulen in die Engagementförderungen werden wichtige Engagementpotenziale der jungen Erwachsenen erschlossen und ihre Zugangschancen zum Engagement für die Gesellschaft verbessert.

Public-private Partnership als wichtige Strategie der Engagementförderung.

Besonders die **Einbindung von Wirtschaftsunternehmen in kommunale Strategien zur Förderung des freiwilligen Engagements** wird zukünftig an Bedeutung gewinnen - Stichwort "**public-private partnership**". Die Befragung von Kommunen bestätigt dies. Ein Drittel der Kommunen unter 100.000 Einwohnern und rund 60% der Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern haben bereits Partnerschaften mit örtlichen Firmen zur Förderung des freiwilligen Engagements geschlossen oder planen dies. Auf der anderen Seite erkennen Firmen zunehmend, dass soziale Kooperationen mit Akteuren aus dem Freiwilligensektor für verschiedene strategische Unternehmensziele bedeutsam sein können: wie z.B. für die Förderung der Unternehmenskultur, die interne und externe Unternehmenskommunikation, die Mitarbeiterbindung und den Erwerb von Sozialkompetenzen durch ihre Mitarbeiter/innen. Wichtig ist, dass soziale Kooperationen über Spenden und Sponsoring einzelner Projekte hinaus langfristig angelegt und in gemeinwesenorientierte Problemlösungsstrategien eingebunden werden.

## 6. Wer informiert und berät in Kommunen über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe?

In Kommunen gibt es viele Akteure, die Bürger/innen Möglichkeiten zum freiwilligen Engagement und zur Selbsthilfe bieten. Neben kommunalen Einrichtungen sind dies Verbände, Parteien und Kirchen sowie **alle Organisationen des freiwilligen Engagements** wie Vereine, Gruppen, Projekte und Initiativen. Diese sind auf Freiwillige angewiesen. **Informationsleistungen für interessierte Bürger/innen** erbringen sie in der Regel als Nebenaufgabe, um Freiwillige für die eigene Organisation oder Gruppe zu gewinnen.

Durch diese Informationsbemühungen wird ein Teil der Bürger/innen erreicht: überwiegend diejenigen, die bereits eine **Bindung an die Organisationen** haben, z. B. über Freunde oder Familienmitglieder, oder die sich zumindest in ihrem unmittelbaren Umfeld bewegen, etwa als Teilnehmer an Veranstaltungen. Damit stoßen die Organisationen jedoch gleichzeitig an ihre Grenzen. Die Klagen aus Vereinen und Wohlfahrtsverbänden über zurückgehende Freiwilligenzahlen sind hierfür sinnbildlich.

Neben diesen Akteuren sind in den vergangenen Jahren **drei Typen von Einrichtungen** entstanden, deren Hauptaufgabe ausdrücklich darin besteht, Bürger/innen mit Interesse an freiwilligem Engagement oder an Selbsthilfe über Tätigkeitsfelder und Organisationsmöglichkeiten zu informieren, zu beraten und in ihrem Engagement zu unterstützen. Dies sind **Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen**, die in unterschiedlicher Trägerschaft entstanden und unter verschiedenen Bezeichnungen firmieren. Wenn im Leitfaden Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen additiv angesprochen werden, werden sie als Informations- und Kontaktstellen für freiwilliges Engagement bzw. als Engagement unterstützende Einrichtungen bezeichnet.

Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros sowie Freiwilligenagenturen und ähnliche Einrichtungen gibt es nicht in allen Kommunen. In Deutschland verfügen **383 Kommunen** über eine oder mehrere solcher Informations- und Kontaktstellen. Insgesamt existieren derzeit **585 Einrichtungen**. Der Verbreitungsgrad von Informations- und Kontaktstellen bezogen auf alle Kommunen ist demnach noch unzureichend. Von einer bedarfsgerechten **Angebotsdichte an Informations- und Beratungsleistungen** für die gesamte Bevölkerung in Deutschland kann bisher keine Rede sein, zumal die bestehenden Einrichtungen nicht alle Engagementbereiche einbeziehen und auch nicht alle Bevölkerungsgruppen ansprechen.

Viele kommunale Akteure bieten Möglichkeiten zum freiwilligen Engagement.

Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen informieren und beraten über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe.

Die Angebotsdichte für Informations- und Beratungsmöglichkeiten ist zu gering.

- 261 Kommunen haben 1 Informations- und Kontaktstelle.
  - 95 Kommunen haben 2 Informations- und Kontaktstellen.
  - 19 Kommunen haben 3 Informations- und Kontaktstellen.
  - 8 Kommunen haben 4 oder mehr Informations- und Kontaktstellen.
- 383 Kommunen haben mindestens 1 Informations- und Kontaktstelle.**

**Abb. 6.1: Zahl der Engagement unterstützenden Informations- und Kontaktstellen in Kommunen**

	über 400.000 E	100. - 400.000 E	unter 100. - 10.000 E	Insgesamt
Zahl der Info- und Kontaktstellen 1)	93	119	373	585
Selbsthilfekontaktstellen	40	55	140	235
Seniorenbüros	14	20	132	166
Freiwilligen-Agenturen u. ä. E.	39	44	101	184
Kommunen insgesamt 2)	16	68	1.441	1.525
%-Anteil der Bevölkerung	15 %	15 %	41,5 %	71,5 %
Kommunen mit Info- und Kontaktstellen	100 %	85 %	21 %	25 %

1) 30% der Informations- und Kontaktstellen sind für Kreise zuständig.  
 2) 28,5% der Bevölkerung leben in 12.667 Gemeinden unter 10.000 Einwohnern.

© Quelle: ISAB Institut Köln (3/00): Befragung von Kommunen (n = 317) sowie von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.

Um ein realistisches Bild von der Versorgungsdichte der Kommunen mit Informations- und Kontaktstellen zu gewinnen, wird deren Verteilung auf die unterschiedlichen Gemeindegrößenklassen in **Abb. 6.1** dokumentiert. Danach verfügen die vier deutschen Millionenstädte jeweils über mehrere Informations- und Kontaktstellen unterschiedlichen Typs. Bei diesen Städten stehen zukünftig die Vernetzung und der Ausbau der vorhandenen Informations- und Kon-

taktstellen an. In den 12 Städten mit 400.000 bis 650.000 Einwohnern gibt es jeweils mindestens eine Informations- und Kontaktstelle, im Durchschnitt drei. Auch in diesen Städten werden Vernetzungsaktivitäten an Bedeutung gewinnen. In der Größenklasse 100.000 bis 400.000 Einwohner gibt es 68 Städte. 58 davon verfügen über mindestens eine Informations- und Kontaktstelle. Der Durchschnitt liegt bei zwei. In Städten mit 10.000 bis 100.000 Einwohnern ist die Versorgung mit Engagement unterstützenden Informations- und Kontaktstellen am schlechtesten. Lediglich 21% verfügen in der Regel über eine Einrichtung. Die Einrichtungen von 41% dieser Kommunen sind in der Regel für den gesamten Kreis und damit für ein wesentlich größeres Einzugsgebiet zuständig.

Angesichts des noch unzureichenden Versorgungsgrades der Kommunen verwundert es nicht, dass 23% der Kommunen ohne Informations- und Kontaktstelle die Informationsmöglichkeiten als schlecht einschätzen (vgl. **Abb. 6.2**). Dass auch einige Informations- und Kontaktstellen die Informationsmöglichkeiten in ihrer Kommune als schlecht bezeichnen, ist ein Hinweis auf bestehende Defizite und Verbesserungserfordernisse.

## Selbsthilfekontaktstellen-Seniorenbüros-Freiwilligenagenturen und ähnlichen Einrichtungen.

Die drei bestehenden Typen Engagement unterstützender Infrastruktur, sind in unterschiedlichen politischen und organisatorischen Kontexten entstanden.

**Selbsthilfekontaktstellen** sind in Deutschland seit den achtziger Jahren mit dem Ziel entstanden, die Selbsthilfe von Bürger/innen in schwierigen Lebenssituationen oder mit gemeinsamen Anliegen in Form von Selbsthilfegruppen und -initiativen zu fördern. Betroffene werden bei der selbstbestimmten Bewältigung ihrer Lebenssituationen unterstützt, wozu auch der selbstbewusste Umgang mit professionellen Helfer/innen gehört. Die Förderung des freiwilligen Engagements in den Bereichen Gesundheit und Soziales ist Teil ihrer Aufgaben. Die Ausbreitung der Selbsthilfekontaktstellen geht mit einer positiven Veränderung der öffentlichen Wertschätzung von Selbsthilfegruppen einher, insbesondere beeinflusst durch praktische Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse über die Gesundheitsselfhilfe in Gruppen und Selbsthilfeorganisationen. In zwei Bundesmodellprojekten wurde die Arbeit der Selbsthilfekontaktstellen untersucht und ihr Aufgabenprofil entwickelt. **Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen (DAG SHG), die Nationale Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen (NAKOS)** und die Länderarbeitsgemeinschaften fördern den Erfahrungsaustausch und die Weiterentwicklung der Selbsthilfeunterstützung.

Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. Einrichtungen haben jeweils ihre eigene Geschichte.

**Seniorenbüros** verfolgen seit Anfang der neunziger Jahre das Ziel, ältere Menschen, insbesondere im Anschluss an die Erwerbsphase, bei der Aufnahme freiwilliger Tätigkeiten und der Vermittlung in gemeinschaftliche Aktivitäten zu unterstützen. Ihre Einrichtung ging von einem Modellprojekt des BMFS-FJ aus. Mit den Seniorenbüros sollen der wachsenden Zahl von Senior/-innen in Deutschland bei der Neuorientierung Perspektiven für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben angeboten werden, insbesondere im Freiwilligensektor. Seniorenbüros werden von der **Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros (BAS)** durch vielfältige Aktivitäten unterstützt.

**Freiwilligenagenturen** und ähnliche Einrichtungen sind überwiegend in den letzten 6 Jahren entstanden, einige aus der Weiterentwicklung von Selbst-



hilfekontaktstellen. Sie unterstützen vor allem die Vermittlung in freiwillige Tätigkeiten und tragen damit dem Umstand Rechnung, dass zwischen interessierten Bürger/innen und Gelegenheiten zum Engagement mehr

**Abb. 6.3: Unterschiede zwischen Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E.**

	Kommunen		Info- und Kontaktstellen
	mehr Info- u. Kontaktstellen	ohne Info- und Kontaktstellen	
Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros haben teilweise gleiche Aufgaben, Ziele, Adressaten und Nutzer	68 %	47 %	71 %
Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros haben grundsätzlich unterschiedliche Aufgaben, Ziele, Adressaten und Nutzer	14 %	9 %	14 %
Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros haben weitgehend gleiche Ziele, Aufgaben, Adressaten und Nutzer	5 %	8 %	9 %
kann ich nicht beurteilen	12 %	36 %	7 %

© Quelle: ISAB Institut Köln (860): Befragung von Kommunen (n = 317) sowie von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.

Transparenz erforderlich ist. Die Konzeptionen sind - wie bei jungen Einrichtungen üblich - sehr unterschiedlich. Insgesamt umfasst der Typ Freiwilligenagenturen und -zentren ein breites Spektrum unterschiedlicher Einrichtungen: Ehrenamtsbörsen, Bürgerbüros etc. In Abhängigkeit von der Trägerschaft und von ihren Ressourcen konzentrieren sich einige Freiwilligenagenturen auf bestimmte Bereiche oder Zielgruppen und vermitteln vor allem in Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden. Viele Freiwilligenagenturen in Deutschland

wurden nach Vorbildern in den Niederlanden oder England konzipiert und knüpfen an deren Erfahrungen an. Freiwilligenzentren wurden u.a. in einem **Modellprojekt des Deutschen Caritasverbandes** erprobt. Die Anfang 1999 als eingetragener Verein gegründete **Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (BAFA)** unterstützt die Entwicklung von Freiwilligenagenturen z.B. durch Beratung und Begleitung in der Entwicklungsphase, durch die Organisation von Fachtagungen und Bildungsveranstaltungen.

Die ältesten Informations- und Kontaktstellen sind Selbsthilfekontaktstellen, über 80% arbeiten seit über 7 Jahren. Sie verfügen über die längsten Erfahrungen. Ebenfalls über langjährige Erfahrungen verfügen Seniorenbüros, 65% bestehen seit mehr als 7 Jahren. Sowohl die Selbsthilfekontaktstellen als auch die Seniorenbüros wurden im Rahmen von Modellprogrammen intensiv erprobt und evaluiert.

Mehr als die Hälfte aller Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen sind in der **Trägerschaft** eines Wohlfahrtsverbandes, die meisten beim Paritätischen (32%), 22% bei anderen

Wohlfahrtsverbänden. 24% aller Informations- und Kontaktstellen sind kommunale Einrichtungen, 7% werden von einem Trägerverband getragen, 12% von einem eingetragenen Verein. Aus Sicht der Kommune ergibt sich für die Trägerschaft von Informations- und Kontaktstellen eine Priorität, die sich von der aktuellen Trägerrealität unterscheidet. So plädieren **34% der Kommunen für eine Trägerschaft durch sie selbst**. 23% bevorzugen Trägerverbundlösungen. 15% sehen in einem eigenständigen Verein die geeignete Anbindung. Lediglich 10% befürworten die Einzelträgerschaft eines Wohlfahrtsverbandes.

Informations- und Kontaktstellen haben unterschiedliche Träger.

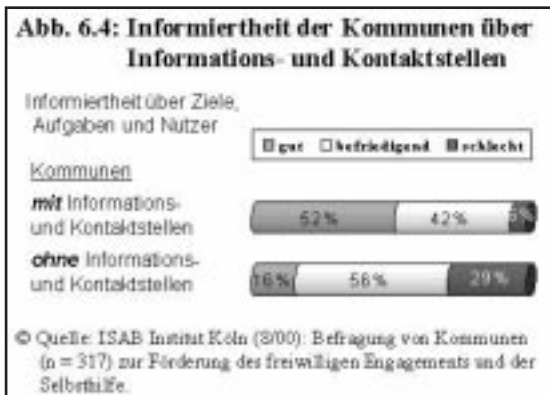
Trotz ihrer unterschiedlichen Bedingungen und Entstehungszeitpunkte haben Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen ähnliche Aufgaben- und Leistungsprofile entwickelt. Auch hinsichtlich der Adressat/innen und Nutzer/innen bestehen Überschneidungen (vgl. Kp. 7).

Nur wenige Kommunen sind der Meinung, dass die bestehenden Informations- und Kontaktstellen grundsätzlich unterschiedliche Aufgaben, Ziele, Adressat/innen und Nutzer/innen haben (vgl. **Abb. 6.3**). Viele Informations- und Kontaktstellen haben ihr ursprünglich enger gefasstes Aufgaben- und Leistungsprofil erweitert bzw. wollen es erweitern. Dabei spielt die Frage der Ausstattung und Ressourcen eine erhebliche Rolle, da die Möglichkeiten zur Aufgabenerweiterung hiervon abhängig sind (vgl. Kp. 10 und 11).

Informations- und Kontaktstellen haben ähnliche Aufgaben- und Leistungsprofile.

Festzuhalten bleibt, dass die bisherigen Informations- und Kontaktstellen aufgrund ihrer spezifischen Leistungsprofile in der Regel das Informations- und Beratungsangebot für die Bürger/innen nur in einem Ausschnitt verbessern. In Kommunen mit mehreren Informations- und Kontaktstellen können vorhandene Beratungslücken durch gezielte Vernetzung und Kooperation geschlossen werden. In Kommunen mit nur einem Einrichtungstyp können Beratungsdefizite durch binnendifferenzierte Aufgaben- und Leistungsprofilerweiterungen aufgefangen werden. In Kommunen ohne Engagement unterstützende Einrichtungen stellt sich die Situation als schwierig dar, da ihr Informationsstand über das, was Informations- und Kontaktstellen leisten können, welche Ziele und Aufgaben sie haben und wen sie erreichen, deutlich schlechter ist (vgl. **Abb. 6.4**). Lediglich jede sechste dieser Kommunen hält sich für gut darüber informiert.

Der **geringe Informationsstand über Ziele und Aufgaben von Informations- und Kontaktstellen** wirkt sich erschwerend auf die Bereitschaft von Politik und Verwaltung zur Finanzierung und



Weiterentwicklung von Informations- und Kontaktstellen aus. Engagement unterstützende Einrichtungen sind daher gefordert, Öffentlichkeit, Verwaltung und Politik aktiv und kontinuierlich über ihre Ziele und Aufgaben und die von ihnen erbrachten Leistungen zu informieren.

## 7 Wer nutzt Informations- und Beratungsmöglichkeiten über freiwilliges Engagement?

Die Bürger/innen gehören ebenso zu den Nutzern wie die Zusammenschlüsse von Freiwilligen und die Organisationen, die freiwilliges Engagement unterstützen. Hinzu kommen Institutionen, die das kommunale Klima beeinflussen, in dem sich freiwilliges Engagement entfaltet. Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen wenden sich deshalb an **fünf Nutzerkreise** (vgl. **Abb. 7.1**):

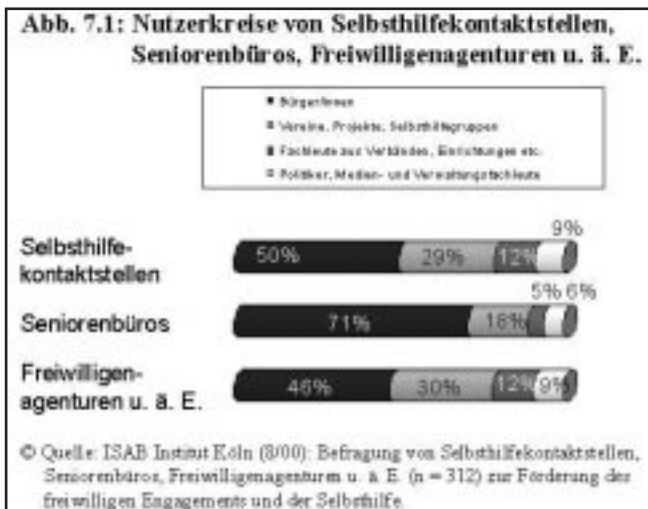
Informations- und Kontaktstellen wenden sich an fünf Nutzerkreise.

- Bürger/innen, die in Vereinen, Selbsthilfegruppen oder Initiativen aktiv mitmachen wollen,
- Bürger/innen, die sich freiwillig engagieren bzw. engagieren wollen,
- Vereine, Selbsthilfegruppen, Initiativen und Projekte,
- Fachleute aus Verbänden, Einrichtungen, Organisationen und Verwaltung,
- Politiker/innen und Medienvertreter/innen.

Durch die Einbeziehung von 5 Nutzerkreisen in die Arbeit der Informations- und Kontaktstellen soll eine bessere Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage im Freiwilligenbereich erreicht werden. Um Menschen für die Idee eines freiwilligen Engagements zu gewinnen, sind niedrigschwellige Angebote der Aktivierung wichtig. Durch sie kann erreicht werden, dass

Bürger/innen zuerst einmal in Vereinen, Selbsthilfegruppen oder Projekten aktiv mitmachen.

Die **Bürger/innen** sind die größte Nutzergruppe der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen. 50% aller Nutzer/innen sind Bürger/innen, die sich über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement oder zur Selbsthilfe informieren oder die selbst aktiv in Vereinen, Gruppen oder Projekten mitmachen wollen. Eine Trennung





zwischen Bürger/innen, die im ersten Schritt Kontakt zu Mitbetroffenen oder Gleichgesinnten suchen, und denen, die sich direkt freiwillig engagieren wollen, ist dabei nicht zweckmäßig, denn die Entscheidung darüber fällt oft erst nach der Kontaktaufnahme zu anderen Interessierten, Gruppen oder Organisationen (vgl. Kp. 4).

Der zweite Nutzerkreis, den Informations- und Kontaktstellen unterstützen, sind **Vereine, Selbsthilfegruppen, Initiativen und Projekte**. Diese bieten Bürger/innen einen organisatorischen Rahmen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. Knapp 30 % der Kontakte beziehen sich auf diesen Kreis. Neben Information und Beratung für bestehende Vereine, Gruppen und Projekte beinhalten diese die Anregung und Begleitung neuer Initiativen sowie die Unterstützung bei der Gründung von Vereinen und Selbsthilfegruppen.

Wichtige Voraussetzung für die Verankerung der Informations- und Kontaktstellen und ihrer Arbeit in den Kommunen ist die kontinuierliche **Zusammenarbeit mit Fachleuten** in sozialen und kulturellen Einrichtungen, von Verbänden und Organisationen, in Einrichtungen der Jugend- und Altenarbeit und im Gesundheitswesen und mit der Verwaltung. Die Zusammenarbeit mit diesen dient im Wesentlichen der Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwillige Tätigkeiten und für Selbsthilfeaktivitäten innerhalb der Einrichtungen und hauptamtlich geführten Organisationen. Auf diese Nutzer/innen entfallen rund 10% der Kontakte.

Ein viertes und elementares Element der Arbeit von Informations- und Kontaktstellen bildet die regelmäßige Kooperation mit Vertreter/innen der Politik und der Medien. Im Schnitt entfallen 9% der Kontakte auf sie, bei denen es vor allem um die Entwicklung geeigneter Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement geht. Darüber hinaus wird eine bessere öffentliche Anerkennung für die Leistungen freiwillig engagierter Bürger/innen angestrebt, die ohne die Aufmerksamkeit der Medien nicht erreicht werden kann.

### **Nutzung durch die Bürger/innen**

Die bestehenden Informations- und Kontaktstellen sprechen die Bürger/innen auf unterschiedliche Weise an:

- die Selbsthilfekontaktstellen durch den Problembezug meist gesundheitlicher oder psychosozialer Art sowie das Interesse an gemeinschaftlicher Bewältigung,
- die Seniorenbüros über das Lebensalter bzw. die Lebensphase am Ende oder nach Abschluss des Erwerbslebens mit dem Ziel der Erschließung neuer Tätigkeitsfelder und Verantwortungsrollen,
- die Freiwilligenagenturen und ähnliche Einrichtungen über das Interesse an freiwilligen Tätigkeiten.

Informations- und Kontaktstellen entwickeln unterschiedliche Anspracheformen.

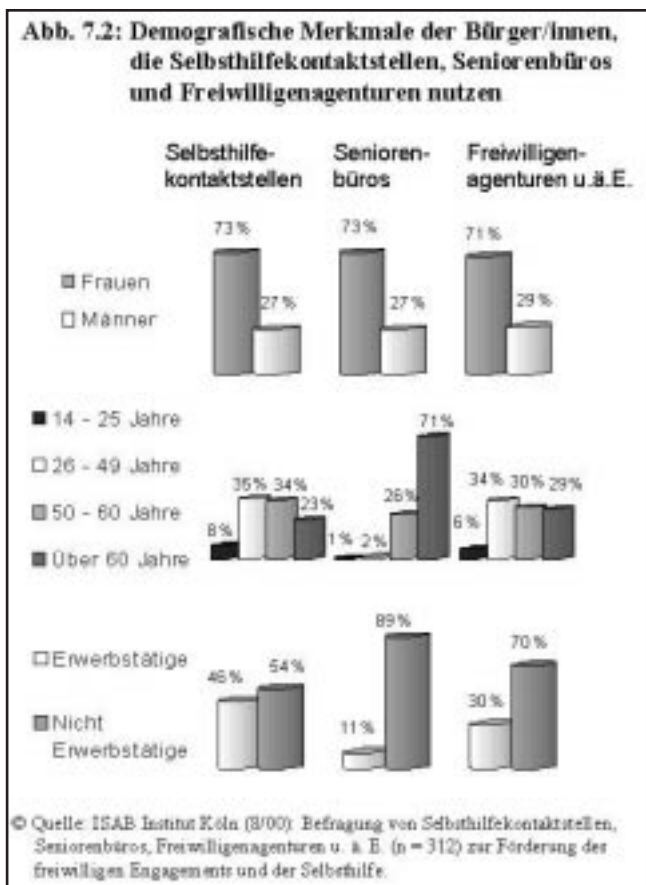
Aufgrund dieser Unterschiede in der Ansprache sind die Unterschiede in der Inanspruchnahme durch verschiedene Bevölkerungsgruppen erklärbar. Unterschiede gibt es bei den Altersgruppen und bei der Erwerbstätigkeit (vgl. **Abb. 7.2**). Bei Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen stellt sich die Frage, inwieweit die Erreichbarkeit für Erwerbstätige durch organisatorische Regelungen eingeschränkt wird.

Frauen und Senior/innen nutzen die Informations- und Kontaktstellen gut, junge Menschen bisher kaum.

Fast **drei Viertel der Nutzer/innen sind Frauen**, unabhängig von der Art der Informations- und Kontaktstelle. Dafür dürften mehrere Gründe verantwortlich sein: geringere Erwerbstätigkeit sowie mehr frei verfügbare Zeit für Aktivitäten und infolgedessen leichter Zugang zu Informations- und Kontaktstellen, stärkere Bedürfnisse nach sozialer Integration, größere Verantwortungübernahme für gesundheitliche und soziale Probleme, mehr Offenheit für Gruppenaktivitäten, geringe Einbindung und Zugangschancen zu etablierten Vereins- und Verbandsstrukturen.

Seniorenbüros werden nicht nur von Senior/innen, sondern auch von Menschen ab 50 Jahren in Anspruch genommen. Die Altersstruktur der Nutzer/innen von Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen sind

nahezu identisch. Allerdings stellen auch in Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen die **Bürger/innen ab 50 Jahren mehr als die Hälfte der Nutzer/innen**. Ein gutes Drittel kommt jeweils im mittleren Erwachsenenalter. Junge Menschen fühlen sich seltener angesprochen und werden durch die bestehenden Informations- und Kontaktstellen kaum erreicht.



Die Nutzerstatistik der Informations- und Kontaktstellen zeigt, dass die Häufigkeit der Inanspruchnahme mit dem Zeitraum des Bestehens wächst (vgl. **Abb. 7.3**). Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros haben die höchsten Nutzungsquoten. Viele Freiwilligenagenturen sind noch in der Aufbauphase, was sich bereits am Gewicht der Kontakte mit Politik und Verwaltung ablesen lässt. **Abb.**

7.3 weist die Zahl der Bürger/-innen aus, die Informations- und Kontaktstellen in Anspruch nehmen. Ihre gesamte Inanspruchnahme unter Einbeziehung der anderen Nutzerkreise ist deutlich höher, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Zusammenarbeit mit diesen, z.B. die Beratung über eine Gruppengründung, zeitintensiver ist als die Information und Beratung am Engagement interessierter Bürger/-innen.

**Abb. 7.3: Zahl der Bürger/innen, die Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. in 6 Monaten nutzen**

□ bis 150   ■ bis 490   ■ bis 990   ■ 900-1.500   ■ 1.500 u. mehr



© Quelle: ISAB Institut E.ON (8/00): Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.

Wichtige **Einflüsse auf die Inanspruchnahme** sind des Weiteren:

- die Größe des Einzugsbereichs und das Umfeld der Informations- und Kontaktstelle,
- die Personalausstattung und die verfügbaren Mittel für Öffentlichkeitsarbeit,
- die finanzielle Absicherung,
- die Arbeitskonzeptionen und die Trägeranbindung,
- der Umfang, in dem die jeweilige Informations- und Kontaktstelle auf die Unterstützung durch freiwillig engagierte Bürger/innen zurückgreifen kann.

Das vorhandene Interesse an freiwilligen Tätigkeiten wird bisher nicht ausgeschöpft.

Nicht alle Bevölkerungsgruppen werden von Informations- und Kontaktstellen im gleichen Maß erreicht. Die Gruppen ihrer Nutzer/innen und die am Engagement interessierten Bürger/innen überschneiden sich nur zum Teil. Frauen haben ein größeres Interesse an Informationsmöglichkeiten als Männer. Sie gehören bereits zu den Hauptnutzer/innen der Informations- und Kontaktstellen. Dies spricht unter Berücksichtigung des ungenutzten Engagementpotenzials dafür, dass die größere **Bereitschaft der Frauen zum freiwilligen Engagement von den vorhandenen Einrichtungen noch nicht ausgeschöpft** wird. Die Engagementförderung kann auf zwei Wegen den Zugang zum freiwilligen Engagement verbessern:

- durch eine größere Verbreitung von Informations- und Kontaktstellen in Kommunen und deren Weiterentwicklung,
- durch gezielte Ansprache auf die für Frauen attraktiven, regional vorhandenen oder zu schaffenden Gelegenheiten.

Die Verhältnisse hinsichtlich der Altersgruppen sind anders gelagert. Nicht nur die Seniorenbüros werden von den Senioren gut genutzt. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass diese Gruppe gemessen am vorhandenen Interesse am besten erreicht wird. Von der Schaffung weiterer Einrichtungen ist eine Ausweitung des freiwilligen Engagements in der Fläche zu erwarten.

Schulen bieten einen guten Rahmen für die aktive Ansprache junger Menschen

Die **jüngeren Altersgruppen** bekunden im Freiwilligensurvey das meiste Interesse, **werden jedoch kaum erreicht**. Für sie sind Inhalt und Form der Ansprache durch die Engagement unterstützenden Einrichtungen bisher eher ungeeignet. Die Erfahrungen junger Menschen als Bürger/innen können prägend für die Zukunft sein. Viele Freiwillige haben sich bereits in frühen Jahren engagiert und später neue Einsatzgebiete oder Aufgaben gewählt. **In den Schulen beginnen viele jungen Menschen ihr freiwilliges Engagement mit Aufgaben in der Schülerversammlung oder in Projekten sowie in der Jugendverbandsarbeit. Die Schulen bieten sich als Rahmen für die aktive Ansprache junger Menschen an.** Hier sind Informations- und Kontaktstellen für freiwilliges Engagement zusammen mit den kommunalen Akteuren gefordert, neue Formen der Ansprache und Beteiligung zu entwickeln.

**Positiv ist auch, dass Arbeitslose häufig Informations- und Beratungsangebote zum freiwilligen Engagement nutzen.** Für sie können wichtige Integrationsbedürfnisse erfüllt und Basisqualifikationen erhalten werden. Männer und berufstätige Menschen nehmen die Informations- und Kontaktstellen unterdurchschnittlich in Anspruch. Der Faktor "freie Zeitverfügung" spielt hierbei ebenso eine Rolle wie die Öffnungszeiten und die Erreichbarkeit der Informations- und Kontaktstellen.

Zielrichtung und Konzeption von Informations- und Kontaktstellen müssen erweitert werden.

**Um neue Zielgruppen anzusprechen ist eine Konzeption erforderlich, die eine Integration der zielgruppenbezogenen Ansprache und der hierfür erforderlichen Aufgabenerweiterung ermöglicht.** Die Veränderung der Adressatenkreise und die Arbeitsweise von Engagement unterstützenden Einrichtungen sind sorgfältig aufeinander abzustimmen. Viele Informations- und Kontaktstellen wenden sich an Bürger/innen in besonderen, zum Teil schwierigen Lebenslagen und leiten aus dieser Hilfestellung ihre Berechtigung ab. Dieses teilweise von Politiker/innen und Verwaltungen geforderte Selbstverständnis wirkt einengend. Freiwilliges Engagement ist in allen Engagementbereichen gemeinschaftsfördernd und trägt zur Persönlichkeitsentfaltung bei.

Des Weiteren ist für eine Konzeptionserweiterung wichtig, welche Nutzer/innen neben den Bürger/innen erreicht werden sollen. Grundsätzlich besteht hierin Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Informations- und Kontaktstellen. Mit der Festlegung ihrer Adressaten in der Bürgerschaft trifft jede Informations- und Kontaktstelle auch eine Vorentscheidung über

die **Organisationen und Fachleute**, mit denen sie zweckmäßigerweise Kontakte pflegen sollte. Je umfassender die Informations- und Vermittlungsaufgabe wird, um so größer ist auch der Kreis von Organisationen, Fachleuten und Schlüsselpersonen in Politik und Verwaltung.

Mit den gegebenen Ressourcen der Informations- und Kontaktstellen ist allerdings eine **Öffnung für alle Altersgruppen** und die **Information und Beratung in allen Engagementbereichen** kaum leistbar, zumal es eine Voraussetzung für erfolgreiche Engagementberatung ist, dass diese auch zielgruppenspezifisch erfolgt, d.h. dass an Selbsthilfe interessierte Personen anders angesprochen werden müssen als Senior/innen, als junge Menschen oder als am freiwilligen Engagement in Sport, Freizeit und Geselligkeit Interessierte. Um dem Anspruch einer adressatenorientierten Vorgehensweise gerecht zu werden, kann es sinnvoll sein, in Abhängigkeit von den verfügbaren Kapazitäten und Ressourcen der Informations- und Kontaktstellen, befristete und wechselnde Schwerpunktsetzungen bezogen auf unterschiedliche Nutzergruppen vorzunehmen.

Erfolgreiche Information und Beratung erfordern Investitionen.

## 8. Wie sollen freiwilliges Engagement und Selbsthilfe infrastrukturell unterstützt werden?

**Die Förderung aller Engagementbereiche und die Ansprache aller Bevölkerungsgruppen in einer Kommune wird durch die vorhandenen Informations- und Kontaktstellen nur selten geleistet.** In Kommunen ohne diese fehlen Information und Beratung zum freiwilligen Engagement weitgehend. **Erforderlich ist daher eine ausreichend dichte, auf kommunaler Ebene angesiedelte "Infrastruktur" zur Unterstützung des freiwilligen Engagements.** Der aktivierende Staat, von dem heute zu Recht die Rede ist, wird erst dann zur Realität, wenn in Deutschland eine dichte Infrastruktur von Engagementförderungsstellen vorhanden ist, die Informations-, Beratungs- und Vermittlungsaufgaben leisten können. Dabei ist vor allem anzustreben, dem Interesse der Bürger/innen nach besserer Information und Beratung über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement gerecht zu werden.

Der aktivierende Staat braucht eine dichte Infrastruktur zur Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen.

Die Ausgangssituation für die Verbesserung der Engagementförderung ist in den Kommunen unterschiedlich. Die bedarfsgerechte Gestaltung einer Engagement unterstützenden Infrastruktur, die Festlegung ihrer Aufgaben, der zu erbringenden Leistungen und der erforderlichen Ressourcen sollte deshalb von mehreren Szenarien ausgehen, wobei zwei Bedingungen zu berücksichtigen sind:

Die Ausgangssituation für die Verbesserung der Engagementförderung ist von Kommune zu Kommune anders.

- **die Einwohnerzahl der Städte bzw. der Kreise, wobei am besten folgende Differenzierung zugrunde gelegt werden kann:**
  - Großstädte, Stadtstaaten mit mehr als 1 Mio. Einwohnern (4),
  - Großstädte mit 400.000 bis 660.000 Einwohnern (12),
  - Städte mit 100.000 bis 400.000 Einwohnern (68),
  - Kommunen mit 10.000 bis 100.000 Einwohnern (1.441),
  - Kreise (325)
- **die bisherige Ausstattung der Kommunen mit Informations- und Kontaktstellen:**
  - Kommunen, in denen es weder eine Selbsthilfekontaktstelle, noch ein Seniorenbüro, noch eine Freiwilligenagentur bzw. -zentrale gibt;
  - Kommunen, in denen entweder eine Selbsthilfekontaktstelle oder ein Seniorenbüro oder eine Freiwilligenagentur/-zentrum besteht;
  - Kommunen mit mehreren Informations- und Kontaktstellen.

Kommunen bevorzugen integrierte Konzepte zur infrastrukturellen Unterstützung des freiwilligen Engagements.

**Die meisten Kommunen wollen ausreichende Informations- und Beratungsmöglichkeiten über freiwilliges Engagement für alle Ziel- und Altersgruppen sowie für alle Engagementbereiche des Freiwilligen-sektors durch eine integrierte Konzeption erreichen** (vgl. Abb. 8.1). Ein Drittel der Informations- und Kontaktstellen hält dies ebenfalls für die günstigste Konzeption der infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe. Die Hälfte befürwortet eine Konzeption, nach der verschiedene Informations- und Kontaktstellen jeweils mit eigenen Mitarbeitern und Räumlichkeiten in einem organisierten Verbund bzw. Netzwerk zusammenarbeiten sollen.

Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen sowie die Kommunen halten die **bisherigen Begriffe für Engagement unterstützende Einrichtungen überwiegend für nicht geeignet für eine themenübergreifende Einrichtung zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe für alle Altersgruppen**. Bezeichnungen wie "Informations- und Kontaktstelle für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe" und "Agentur für Bürgerengagement" hält nur ein Drittel für angemessen.

### **Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**

Aus den Befunden zum freiwilligen Engagement und zur Selbsthilfe, zur Förderpraxis der Kommunen, zu den Nutzern und Adressaten der bisherigen Informations- und Kontaktstellen und den sichtbar gewordenen Problemen und Bedarfen lassen sich neue Orientierungspunkte für die zukünftige Engagementförderung in Kommunen ableiten. Der Freiwilligensektor ist wie die Wirtschaft als System zu betrachten, nicht als zufällige Anhäufung individueller Aktivitäten. Es unterliegt gesellschaftlichen Einflüssen, weist organisatorische Strukturen auf und erbringt eine Vielzahl von Leistungen, indem es Bürger/innen einbezieht und wieder entlässt. Aus der hohen Fluktuation und einem unausgeschöpften

Engagementpotenzial ergibt sich das **Leitziel einer möglichst weitgehenden Potenzialausschöpfung**.

**Ziel der Engagementförderung in Kommunen** soll die bestmögliche Organisation von Eintritts-, Wechsel- und Wiedereintrittsprozessen sein. Mittels einer unterstützenden Infrastruktur soll durch die Verstärkung und Beschleunigung dieser Prozesse das verfügbare Engagementpotenzial besser erschlossen werden. Hierbei sind individuelle Motive und Mobilitätsbedürfnisse zu berücksichtigen und gleichzeitig Energie- und Zeitverluste zu vermeiden, die auf das Wirken von beeinflussbaren Engagementhemmnissen zurückzuführen sind. Zudem sollen die Anliegen derjenigen, die sich in Selbsthilfe engagieren wollen, gefördert werden.

Die Unterstützung der Bürger/innen beim Eintritt, beim Wechsel und beim Wiedereintritt in freiwillige Tätigkeiten ist die vorrangige Aufgabe.

Die Organisation dieser Prozesse zur Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe bedürfen einer hohen Informations- und Anstoßkapazität. Durch geeignete Förderstrategien kann sowohl die Rückkehr "Ehemaliger" ins Engagement, als auch die Gewinnung neuer Freiwilliger erreicht werden. Das Engagementpotenzial, auf dessen Aktivierung der Freiwilligenbereich angesichts seines dynamischen, auf diskontinuierliche Tätigkeiten aufbauenden Charakters angewiesen ist, kann dadurch besser ausgeschöpft werden.

**Abb. 8.1: Konzeption der infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe**

Welche Art der infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe sollte realisiert werden, um ausreichende Informations- und Beratungsmöglichkeiten für alle Ziel- und Altersgruppen sowie für alle Engagementbereiche zu ermöglichen?

	über 400.000 E	100.000 – u. 400.000 E	unter 100.000 E	Kreise
<input type="checkbox"/> Kommunen <input type="checkbox"/> Informations- u. Kontaktstellen				
Eine integrierte Informations- und Kontaktstelle für alle Altersgruppen und alle Bereiche des freiwilligen Engagements, des Ehrenamtes und der Selbsthilfe	43 %	59 %	60 %	63 %
	21 %	39 %	44 %	30 %
Verschiedene Informations- und Kontaktstellen jeweils mit eigenen Mitarbeitern und Räumlichkeiten in organisiertem Verbund bzw. Netzwerk	29 %	23 %	11 %	14 %
	67 %	49 %	34 %	53 %
kann ich nicht beurteilen	29 %	18 %	25 %	14 %
	2 %	6 %	11 %	10 %

© Quelle: ISAE Institut Köln (2008): Befragung von Kommunen (n = 317) sowie von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung der freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe

**Die integrierte Konzeption der Unterstützung des freiwilligen Engagements**

**und der Selbsthilfe erweitert das Aufgabenprofil von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und ähnlicher Einrichtungen.** Die bisherigen Bezeichnungen engen das Verständnis einer erweiterten Ziel- und Aufgabenstellung zu sehr ein, so dass sie dafür ungeeignet sind. Die Selbsthilfekontaktstellen sind auf gesundheitliches und soziales Engagement konzentriert. Die Seniorenbüros wenden sich zwar an verschiedene Engagementbereiche, aber nur an eine Altersgruppe. Das Image der Freiwilligenagenturen betont sehr stark die Vermittlungsaufgabe an Einrichtungen.

Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe sind die integrierte Form der infrastrukturellen Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.

Anstelle der vielen Bezeichnungen für die heute bestehenden Informations- und Kontaktstellen stimmen fast **70 Prozent der Kommunen für eine einheitliche Bezeichnung**. Demgegenüber wollen 64 % der Informations- und Kontaktstellen ihre Bezeichnung beibehalten. Die Ziele, Aufgabenprofile und die Ressourcenausstattung von Einrichtungen, die alle Bürger/innen über das gesamte Spektrum des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe informieren und beraten, sind in vielen Städten und Kreisen noch zu wenig bekannt. **Ein einheitlicher Fachbegriff für die Engagement unterstützende Infrastruktur wird daher deren Auf- und Ausbau in Städten und Kreisen erleichtern.**

Aus der intensiven Abstimmung dieses Leitfadens kristallisierte sich ein übergreifender Begriff heraus. Angesichts des Selbstverständnisses der freiwillig Engagierten und des Bekanntheitsgrads der Selbsthilfe wird für die erweiterte Konzeption einer Engagement unterstützenden Einrichtung daher die Bezeichnung

#### **(Stadt)-Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**

Das Netzwerk für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe verbindet die bisherigen Informations- und Kontaktstellen in einer Kommune.

empfohlen. Darin wird der Anspruch deutlich, für alle Bereiche des Freiwilligensektors in der Kommune zu informieren, zu beraten und zu vermitteln, Anlaufstelle und Kontaktbörse für alle Bevölkerungsgruppen zu sein, die sich freiwillig, ehrenamtlich, bürgerschaftlich oder in Selbsthilfe engagieren oder engagieren wollen. Das "Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe" greift die Konzeptionen und Erfahrungen der Selbsthilfekontaktstellen, der Seniorenbüros, der Freiwilligenagenturen auf und entwickelt sie weiter, um ihre Zielgruppen- und Bereichsbegrenzung zu überwinden. Für den Verbund organisatorisch selbständiger Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen wird die Bezeichnung "**Netzwerk für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**" empfohlen.

Die Frage, ob die bisherigen Bezeichnungen geändert werden sollen, stellt sich nur in dem Viertel der Kommunen, in denen es bereits Informations- und Kontaktstellen mit verschiedenen Namen gibt. Kommunen, in denen es noch keine solche Einrichtung gibt, sollten beim Aufbau einer engagementunterstützenden Einrichtung die Bezeichnung "Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe" verwenden.

Eine neutrale Trägerschaft ist wichtig für die Akzeptanz bei den Bürger/innen.

Ein Drittel der Kommunen zieht eine kommunale **Trägerschaft für Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe** vor, ein weiteres Drittel einen Trägerverein oder -verbund. Trägerverbünde sind hilfreich für die Kooperation mit Freiwilligenvereinigungen, weil diese bereits in die Vorbereitung und Umsetzung von Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe eingebunden werden. Die Trägerschaft muß eine **neutrale Haltung des Büros** für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe gegenüber den Freiwilligenvereinigungen bei der Informations-, Beratungs- und Vermittlungsarbeit ermöglichen.



## Weiterentwicklung der Engagement unterstützenden Infrastruktur in den Kommunen

Die bestehenden Informations- und Kontaktstellen sollten ihr Profil so erweitern, dass sie ihre Leistungen für alle Altersgruppen und alle Bereiche des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe erbringen können, anstatt parallel weitere Einrichtungen auf schmaler personeller und finanzieller Basis zu schaffen. Die Vielfalt des freiwilligen Engagements kann besser gefördert werden, wenn die knappen Ressourcen für die infrastrukturelle Förderung in einer integrierten Konzeption zur Entfaltung gebracht werden. Beim Auf- und Ausbau von Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in Städten und Kreisen muss von verschiedenen Ausgangssituationen ausgegangen werden:

- **Für Kommunen unter 100.000 Einwohnern, in denen es noch keine Informations- und Kontaktstelle gibt**, bietet sich der Aufbau von Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe an. Dort liegt das Engagementpotenzial derjenigen Bürger/innen brach, die nicht in Eigeninitiative zu den entsprechenden Gelegenheiten finden.
- **In Kommunen unter 100.000 Einwohnern, in denen es entweder ein Seniorenbüro, eine Selbsthilfekontaktstelle oder eine Freiwilligenagentur gibt**, sollte die Information und Beratung auf sämtliche Engagementbereiche und Bevölkerungsgruppen erweitert werden. Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros oder Freiwilligenagenturen sollten sich zu einem Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe weiter entwickeln.
- **In Kommunen mit 100.000 bis 400.000 Einwohnern** können zwei Vorgehensweisen zweckmäßig sein. Wenn keine oder nur eine Informations- und Kontaktstelle besteht, sollte eine integrierte Konzeption des Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe realisiert werden. Wenn es bereits mehrere gibt, ist es auch zweckmäßig, parallel arbeitende Informations- und Kontaktstellen so zu vernetzen, dass alle Engagementbereiche und alle Altersgruppen einbezogen werden.
- **In Städten mit 400.000 bis 650.000 Einwohnern sowie in den 4 Städten in Deutschland mit mehr als 1 Mio. Einwohnern, in denen es bereits mehrere Informations- und Kontaktstellen gibt**, sollte ein Netzwerk für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe geschaffen werden, das über gelegentlichen Austausch hinausreicht und abgestimmte Planungen und gemeinsame Aktivitäten zur Ansprache der Zielgruppen sowie eine einheitliche Informationsbasis beinhaltet.
- **Kreise** ohne oder mit nur einer Informations- und Kontaktstelle sollten ebenfalls eine integrierte Konzeption des Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe umsetzen.

Beim Auf- und Ausbau von Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe müssen unterschiedliche Ausgangssituationen berücksichtigt werden.

Der wichtigste Unterschied eines "Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe" im Vergleich Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. ist die Einbeziehung aller Engagementbereiche und aller Organisationsformen des freiwilligen Engagements in die konkrete Unterstützungsarbeit.

Das "Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe" kann über seine unmittelbaren Informations- und Unterstützungsleistungen hinaus die **Funktion einer offenen Innovations-, Anlauf- und Kristallisationsstelle übernehmen für alle neu entstehenden Themen und Anliegen**, für die sich Bürger bürgerschaftlich, freiwillig und in Selbsthilfe engagieren wollen. Die Unterstützung lokaler Agenda-21-Gruppen und von Tauschringen sind Beispiele hierfür.

**Investitionen in solche Strukturen, fördern nachhaltig die Zivilcourage und die Bereitschaft der Bürger/innen, staats- und gesellschaftsschädigenden, rechtsradikalen Aktivitäten ein gemeinwohlorientiertes Engagement entgegenzusetzen, und sich auf demokratischem Wege für die Interessen anderer einzusetzen.** In diese Richtung zielt auch der von Bundeskanzler Schröder formulierte "Aufruf zum Aufstand der Anständigen".

"Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe" als infrastrukturell abgesicherte Unterstützungseinrichtung für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe sind Innovationsraum für neue Bedürfnisse und Anliegen. Sie eröffnen die Perspektive, dass nicht immer wieder neue Engagement unterstützende Einrichtungen für Teilbereiche im Freiwilligensektor eingefordert werden, die das Rad, wie freiwilliges Engagement erfolgreich unterstützt werden kann, jeweils neu erfinden müssen.

## 9 Aufgaben und Leistungen eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe

### Aufgaben der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen

Die Aufgaben, die für die Information und Beratung über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement und zu dessen Unterstützung notwendig sind, wurden in mehrjähriger Praxis entwickelt und erprobt. Ihre verlässliche Umsetzung erfordert hauptberufliche Mitarbeiter/innen mit Qualifikationen über Grundlagen der Engagementförderung und der Selbsthilfeunterstützung.

Ein Vergleich der Leistungen von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen zeigt, dass es **wichtige Gemeinsamkeiten**,

aber auch Unterschiede gibt (vgl. **Abb. 9.1**). Die meisten erbringen ähnliche Leistungen für Bürger/innen, so bei der Information und Beratung über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement und bei der Vermittlung. Die Seniorenbüros sehen sich nur zur Hälfte als vermittelnde Stellen. Diese Leistungen für Bürger/innen machen den gemeinsamen Profilkern aus. Bei der Öffentlichkeitsarbeit gibt es weitergehende Unterschiede. Für Selbsthilfekontaktstellen gehört es praktisch zur Regelleistung, dass sie Betroffene und Freiwillige beim Einstieg oder dem gemeinsamen Zusammenschluss in Selbsthilfegruppen ein Stück begleiten. Diese Leistungen werden von den beiden anderen Einrichtungstypen nur teilweise erbracht. Die Bereitstellung von Infrastruktur, Technik und Know how für Gruppen oder Vereine hängt eng damit zusammen. Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros legen mehr Gewicht auf die Erschließung von Tätigkeitsfeldern und die Entwicklung neuer Organisationsformen und Projekte.

**Abb. 9.1: Aufgabenprofil der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**

A: Welche Leistungen sollte eine themenübergreifende Informations- und Kontaktstelle für freiwilliges Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe erbringen, wenn sie kommunale Mittel erhalten soll?		Kommunen (A)		Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und ähnl. Einrichtungen (B)	
		vor-rangig	teil-weise	vor-rangig	teil-weise
1	Information, Beratung und Vermittlung von interessierten Bürger/innen	82 %	14 %	90 %	10 %
2	Unterstützung von Gruppen, Vereinen, Initiativen und Projekten	66 %	41 %	70 %	27 %
3	Zusammenarbeit mit professionellen Einrichtungen und Verbänden, die freiwilliges Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe unterstützen	55 %	42 %	60 %	47 %
4	Öffentlichkeitsarbeit für freiwilliges Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe	66 %	31 %	64 %	35 %
5	Projektentwicklung in gemeinnützigen Organisationen und Fortbildung für Freiwillige	33 %	58 %	18 %	60 %

© Quelle: ISAB Institut Köln (8/05): Befragung von Kommunen (n = 317) sowie von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.

Der Vergleich der aus Sicht der Kommunen notwendigen Aufgaben der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe mit den von den Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen wahrgenommenen Aufgaben zeigt eine weitgehende Übereinstimmung. Informations-, Beratungs- und Vermittlungstätigkeiten für Bürger/innen stehen als Aufgaben im Vordergrund und zwar sowohl aus Sicht der Kommunen als auch der Informations- und Kontaktstellen (vgl. **Abb. 9.2**). Die Öffentlichkeitsarbeit als zweitwichtigste Aufgabe ergänzt diese und richtet den Aufgabenfokus auf die Bevölkerung insgesamt.

Nach mehrheitlicher Auffassung von Kommunen und Informations- und Kontaktstellen gehört auch die Zusammenarbeit mit Gruppen, Vereinen, Initiativen und Projekten sowie mit professionellen Einrichtungen und Verbänden zu den vorrangigen Aufgaben. Die Funktion als Bindeglied zwischen interessierten Bürger/innen sowie zwischen Bürger/innen und Gruppen, Vereinen und Organisationen wird somit für wichtig gehalten.

**Abb. 9.2: Leistungen der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E.**

Erbrachte Leistungen (Skala 1-3)		vorrangig	teilw.
<b>1</b>	Information und Beratung über Gelegenheiten zu freiwilligem Engagement und/oder zur Selbsthilfe	82 %	16 %
	Vermittlung von Interessierten in Gruppen, Vereine und Projekte, in Einrichtungen und Verbände	70 %	24 %
	begleitende Unterstützung Freiwilliger und/oder in Selbsthilfe engagierter Personen	56 %	39 %
	Vermittlung in "niedrigschwellige" Schnupperangebote zum freiwilligen Engagement und/oder zur Selbsthilfe	33 %	50 %
<b>2</b>	Unterstützung bei der Gründung von Selbsthilfegruppen, Initiativen, Vereinen und Projekten	55 %	34 %
	Information, Beratung, organisatorische Hilfen und Know-How Transfer für Selbsthilfegruppen, Vereine, Projekte, Initiativen	47 %	44 %
	Bereitstellung von Geräten und/oder Räumen für Gruppen, Vereine und Initiativen	38 %	38 %
	Mitwirkung an der direkten Förderung von Vereinen, Selbsthilfegruppen, Initiativen und Projekten	29 %	50 %
<b>3</b>	Zusammenarbeit mit Fachleuten, die freiwilliges Engagement u. Selbsthilfe unterstützen, aus Verbänden, Einrichtungen, Ämtern (Ärzte etc.), zur Verbesserung der Engagementvoraussetzungen und Rahmenbedingungen	32 %	59 %
	Einbindung in Netzwerke, Beteiligung an Netzwerken	28 %	58 %
	Mitwirkung an der kommunalen Planung, in kommunalen Gremien und Arbeitskreisen zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe	27 %	51 %
	Übernahme von Koordinierungsaufgaben	27 %	55 %
<b>4</b>	Schaffung von Weiterbildungsangeboten zur Qualifizierung für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	25 %	59 %
	allgemeine Öffentlichkeitsarbeit für den Freiwilligenbereich (Werbung für Idee des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe)	54 %	41 %
	Presse- und Medienarbeit zur Engagementförderung und zur Information über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	52 %	47 %
	Erstellung von Informationsmaterialien, Broschüren etc.	48 %	46 %
<b>5</b>	Durchführung von Veranstaltung zur Unterstützung der Engagementmöglichkeiten von interessierten Bürger/innen	35 %	56 %
	Erschließung von Tätigkeitsfeldern für freiwilliges Engagement u. Selbsthilfe, Entwicklung neuer Modelle für Freiwilligenarbeit	35 %	43 %
	Weiterentwicklung von Förderkonzeptionen der Selbsthilfe in Gruppen, Initiativen, Vereinen und Projekten und/oder Projektentwicklung in gemeinnützigen Organisationen.	24 %	47 %

© Quelle: ISAB Institut Köln (8/00): Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.

Lediglich die Projektentwicklung in gemeinnützigen Organisationen und die Qualifizierung werden nur von einem Teil der Informations- und Kontaktstellen als wichtige Aufgaben angesehen. Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen erfüllen demnach viele Aufgaben der Engagementförderung, allerdings nur für ausgewählte Engagementbereiche und nicht für alle Bevölkerungsgruppen.

**Aufgaben der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**

Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe sollten das Aufgaben- und Leistungsprofil der bisherigen Informations- und Kontaktstellen übernehmen und weiterentwickeln, um den Interessen und Anliegen aller Nutzerkreise gerecht werden zu können. Es besteht im Kern

Ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe hat fünf Hauptaufgaben.

aus **fünf Hauptaufgaben, die parallel und kontinuierlich umgesetzt werden müssen**, um die an sie gestellten Erwartungen zu erfüllen:

- an freiwilligem Engagement und Selbsthilfe interessierte Bürger/innen anzusprechen, zu informieren, zu beraten und zu vermitteln;
- Initiativen, Gruppen, Vereine beim freiwilligen Engagement zu beraten und zu unterstützen;
- mit Verbänden und Einrichtungen sowie der Kommunalpolitik und -verwaltung zu kooperieren;

- Öffentlichkeitsarbeit für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe zu betreiben;
- die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement durch Projektentwicklung und Qualifizierung zu verbessern.

Für die konzeptionelle Ausgestaltung des Aufgabenprofils des Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe ergeben sich aus der Dynamik des Freiwilligensektors wichtige Konsequenzen. Engagementförderung durch **Information und Beratung über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement ist eine Daueraufgabe**. Sie muss an die lebensweltlichen und biografischen Voraussetzungen der Bürger/innen anknüpfen. Nur wenn es gelingt, diese dort abzuholen, wo sie jeweils stehen, wenn die Engagementförderung ihre jeweilige Lebenslage berücksichtigt, können bestehende Engagementpotenziale erhalten und neue erschlossen werden.

**Je kompetenter informiert, beraten und qualifiziert wird, um so mehr schaffen die Büros Entfaltungsmöglichkeiten für Bürger/innen, die etwas für sich und andere tun wollen. Je mehr und je vielfältigere Tätigkeitsfelder und Verantwortungsrollen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen erschlossen werden, um so stärker kann die Zahl der Freiwilligen wachsen.**

Für eine erfolgreiche Arbeit der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe ist es wichtig, dass die Leistungen in allen Engagementbereichen erbracht werden. Daher werden hohe Anforderungen an die Informationsbeschaffung gestellt, wenn jeweils aktuell und möglichst vollständig über die Gelegenheiten für freiwillige Tätigkeiten in verschiedenen Engagementbereichen informiert werden soll. Die Aufgaben müssen in enger Kooperation mit der Verwaltung und den wichtigsten Akteuren im lokalen Raum erbracht werden.

Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe informieren und beraten Bürger/innen in Einzelgesprächen, öffentlichen Veranstaltungen und Vorträgen über Möglichkeiten des Engagements und über Wege der gesellschaftlichen Teilhabe. Sie wirken dem Informationsdefizit vieler zum Engagement bereiter Bürger/innen entgegen, die durch kompetente Beratung für ein freiwilliges Engagement gewonnen werden können. Bürger/innen erhalten in den Büros Informationen über Betätigungsmöglichkeiten bei Verbänden, Vereinen und Organisationen, über die jeweiligen Anforderungen im Tätigkeitsfeld sowie über den zeitlichen Umfang der Tätigkeit, den Einsatzbereich, über Anfahrtswege, Versicherungsschutz, Fortbildungsmöglichkeiten, Beteiligung an Entscheidungsprozessen und Möglichkeiten des Erfahrungsaustauschs mit anderen Freiwilligen.

Die aktive Ansprache von Zielgruppen ist unverzichtbar.

Diese erweiterte Konzeption zur Information und Beratung ergibt sich auch aus den Erkenntnissen über die Zugangswege zum freiwilligen Engagement und zur Selbsthilfe im Freiwilligensurvey 1999. Die **aktive Ansprache** von Zielgruppen ist bisher keine Regelleistung vieler Informations- und Kontaktstellen. Für die stärkere Aktivierung des Engagementpotenzials ist sie jedoch unverzichtbar, wenn die Schwelle zur Erst- und Neuaufnahme freiwilliger Tätigkeiten gesenkt und dadurch neue Bevölkerungskreise für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe gewonnen werden sollen.

Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe **vermitteln Bürger/-innen als Freiwillige** in Gruppen, Vereine und Projekte, in Einrichtungen und Verbände. Sie entwickeln bedürfnisgerechte Einsatzbedingungen, z.B. mit Hilfe von niedrigschwelligen Angeboten, die mit geringem Zeitaufwand oder niedrigem Verpflichtungscharakter verbunden sind und begleiten die Bürger/innen bei ihrem freiwilligen Engagement, z.B. mit Beratungs-, Fort- und Weiterbildungsangeboten.

Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe entwickeln **neue Tätigkeitsfelder**, initiieren Gruppen, Projekte und Initiativen, wenn sich Bürger/innen für bestimmte Tätigkeiten interessieren, jedoch ein entsprechendes Tätigkeitsfeld in der Kommune noch nicht besteht. Finden sich genügend Personen mit gleichen Interessen, können neue Projekte oder Gruppen mit Hilfe des Büros initiiert werden.

Als wichtige Voraussetzung zur erfolgreichen Wahrnehmung ihrer Aufgaben verschaffen sich die Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe kontinuierlich einen Überblick über Möglichkeiten bei Gruppen, Projekten, Einrichtungen und Verbänden in ihrer Kommune, sich freiwillig zu engagieren und Selbsthilfe zu praktizieren. Sie erfassen mögliche Tätigkeitsfelder, die von Bürger/innen gewünscht und von Einrichtungen angeboten werden. Dadurch gelingt die Zusammenführung der am Engagement interessierten Bürger/innen und der Anbieter von Betätigungsmöglichkeiten für Freiwillige.

**Mit Fachleuten aus Verbänden und Einrichtungen** in kommunaler und freier Trägerschaft arbeiten die Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe zusammen. Sie verbessern so die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement. Diese Zusammenarbeit ist Voraussetzung für die Vernetzung und wirkungsvolle Bündelung des örtlichen Engagements.

**Sie wirken auch in kommunalen Planungsgremien mit** und übernehmen koordinierende Aufgaben. Hierdurch tragen sie dazu bei, dass die Bedürfnisse am Engagement interessierter Bürger/innen in der Kommunalpolitik stärker berücksichtigt und die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement in der Kommune verbessert werden.

Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe leisten **gezielte Öffentlichkeitsarbeit**, z.B. durch Presse- und Medienarbeit, öffentliche Veranstaltungen, Stellenanzeigen für freiwillige Tätigkeiten in der örtlichen Zeitung, eine eigene Zeitung und sonstige Materialien. Durch ihre Öffentlichkeitsarbeit erreichen die Büros einen großen Kreis von Interessierten und verhelfen dem freiwilligen Engagement und den Leistungen engagierter Bürger/innen zu gesellschaftlicher Anerkennung. In vielen Kommunen übernehmen sie darüber hinaus Serviceleistungen im Auftrag der Kommune.

Mit ihrem Aufgabenprofil können die Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe zu **zentralen Anlauf- und Clearingstellen** für das Engagement in Ehrenamt, in bürgerschaftlichen Aktivitäten, in Selbsthilfe und in Freiwilligenarbeit in ihrer Kommune werden. Insbesondere durch kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit fördern sie die breitenwirksame Information und Aufklärung über die Medien. Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe tragen zur Sensibilisierung der lokalen Presse und der Medien für das freiwillige und bürgerschaftliche Engagement bei. Sie fördern die fortlaufende Vorstellung beispielhafter Leistungen freiwillig Engagierter im Gemeinwesen. Ihre Impulswirkungen zur Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements durch die Organisation von Freiwilligenbörsen, von Selbsthilfetagen und ähnlichen Aktionen fördert ein engagementfreundliches Klima in der Kommune sowie die bessere Anerkennung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe tragen auch dazu bei, dass **Weiterbildungsmöglichkeiten für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe** geschaffen werden, und fordern diese im Interesse der Freiwilligen ein. Durch ihre Kooperation mit professionellen Einrichtungen, Verbänden etc. fördern sie auch die Bereitschaft zur besseren Einbeziehung und Beteiligung von Freiwilligen in den Organisationen. Sie verbessern das Verhältnis zwischen Hauptamtlichen und Freiwilligen. Mit ihren Aktivitäten zur Förderung einer Kultur der Freiwilligkeit wirken sie daraufhin, dass bei den Rahmenbedingungen für freiwillige Tätigkeiten stärker als heute auf die geänderten Wertvorstellungen der Menschen Rücksicht genommen wird.

**Mit Unterstützung durch Politik, Verwaltung, Verbände und Wirtschaft kann das Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe ein wichtiger Akteur im Freiwilligensektor einer Kommune werden:** Es trägt dazu bei, dass aktives Sich-Einbringen in die Gestaltung des Gemeinwesens für viele Bürger/innen anstelle konsumtiver und individueller Bequemlichkeit sowie der "Wegschau"-Mentalität attraktiv und lohnenswert wird.

### **Förderliche Rahmenbedingungen für Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**

Ein unterstützendes Element für engagierte und interessierte Bürger/-innen, aber auch für die mit der Engagementförderung befassten Fachleute

Ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe braucht die Unterstützung durch Politik, Verwaltung, Verbände und Wirtschaft.

in Einrichtungen und der Verwaltung, ist die **Entwicklung und Förderung von Qualifikations- und Weiterbildungsmöglichkeiten**. Die Qualifizierungen sollten sich auf Schlüsselfragen zur Bewältigung des jeweiligen Engagements, des Verhältnisses der engagierten Bürger/innen zur Verwaltung und auf die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen beziehen. Sinnvollerweise sollen diese Qualifizierungen zusammen mit den bestehenden Gruppen, Initiativen, Vereinen und Verbänden konzipiert und durchgeführt werden. Kompetente Bildungsanbieter sollten eingebunden werden. Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe können hierbei Clearing- und Sondierungsaufgaben wahrnehmen. Die Mehrheit der befragten Kommunen und Einrichtungen sehen hier entsprechenden Handlungsbedarf.

Die **Schaffung von Anreizstrukturen** für bislang nicht engagierte Bürger/innen, z.B. durch die Bereitstellung personeller und sachlicher Ressourcen für Bürgerprojekte ist eine weitere wichtige Rahmenbedingung. Viele Kommunen und die Mehrheit der Informations- und Kontaktstellen sehen hierin eine notwendige ergänzende und unterstützende Maßnahme.

Zur Schaffung breitgefächelter Informationsangebote für Bürger/innen, Projekte, Gruppen und Vereine bieten sich den Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe auch neue technische Möglichkeiten. Die Öffentlichkeitsarbeit sollte auch **die neuen Medien wie das Internet einbeziehen**. Eine gute Plattform für den Freiwilligen Sektor einer Kommune bietet das Vereinsnetz.de. Diese Informationsmedien bieten der Engagementförderung die Chance, den Freiwilligen Sektor der Kommunen insgesamt darzustellen, um die Zugangsmöglichkeiten der Bürger/innen, Vereine und

Das Internet sollte aktiver für die Engagementförderung genutzt werden.

Gruppen ins freiwillige Engagement zu fördern. Einige Informations- und Kontaktstellen verfügen über interaktive Homepages, die es den Bürger/innen ermöglichen, zu jedem beliebigen Zeitpunkt Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement in einer Datenbank abzufragen und ihr Interesse mitzuteilen. Diese Form des Informationsaustauschs verlangt eine qualifizierte Pflege der Daten. In den vorhandenen Informations- und Kontaktstellen besteht großes Interesse an der Nutzung dieses Mediums (vgl. **Abb. 9.3**).

**Abb. 9.3: Internet-Informationsmöglichkeiten über freiwilliges Engagement**

Welche Informationsmöglichkeiten sollten für Bürgerinnen, Gruppen und Vereine in ihrer Kommune auf der Gemeinde-Website angeboten werden?	Sollte angeboten werden	Gibt es bereits
eigene kostenlose Homepage für Vereine und Gruppen des Freiwilligen Sektors	77 %	12 %
Suchmöglichkeiten für alle Fragen des freiwilligen Engagements (Tätigkeiten, Angebote, Informationen, Veranstaltungen)	80 %	9 %
Suchmöglichkeit, nach der Vereine, Selbsthilfegruppen und Initiativen nach Themen und Bereichen gefunden werden können	79 %	11 %
Überregionale Suchmöglichkeit, wenn der Verein oder die Gruppe in der Kommune nicht gefunden werden kann	70 %	12 %
Diskussionstoren für Vereine und Gruppen des Freiwilligenbereichs	67 %	10 %
Möglichkeit, Übersichten zu Vereinen und Gruppen des Freiwilligenbereichs in ihrer Kommune zu erstellen	66 %	5 %

© Quelle: ISAB Institut Köln (8/00): Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe



Viele Kommunen präsentieren sich im Internet auf eigenen Seiten, bieten aber noch kaum Hinweise auf Zugangswege zum Freiwilligen Sektor ihrer Kommune. Angesichts des hiermit verbundenen erheblichen Programmierungs- und Systemerhaltungsaufwands halten sich die meisten Kommunen zurück. Manche Kommunen stellen einzelne Bereiche des freiwilligen Engagements vor. Erst ein Drittel nutzt bislang die Möglichkeiten, über die Vorstellung von Gruppen, Vereinen und Organisationen hinaus aktuelle Informationen, beispielsweise zu Veranstaltungen, anzubieten.

## 10 Welche Personal- und Sachausstattung braucht ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe?

Zunehmend wird von den Kommunen anerkannt, dass mit der Förderung des freiwilligen Engagements auch Ausgaben gespart werden können. In Kommunen, die bisher noch keine Engagement unterstützende Infrastruktur haben, fehlt z. T. die Einsicht, dass wirksames Sparen – auch im Falle des freiwilligen Engagements – etwas kostet, dass **in freiwilliges Engagement erst einmal investiert** werden muss, bevor erwartet werden kann, dass mehr freiwillig Interessierte Beteiligungsbereitschaft zeigen, Aufgaben übernehmen und Leistungen für das Gemeinwesen erbringen.

Die personellen und sachlichen Ressourcen geben den Rahmen für die Aufgabenerfüllung vor. Die Aufgaben der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe werden gegenüber den Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen **um die aktive Ansprache und Information aller Altersgruppen und um die Einbeziehung zusätzlicher Engagementbereiche erweitert**. Die sich daraus ergebenden Anforderungen müssen bei der Personal- und Sachausstattung berücksichtigt werden. Hierzu können die Erfahrungen der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen herangezogen werden, um die Personal- und Sachausstattung für ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe zu beziffern.

**Nur ein Drittel der Informations- und Kontaktstellen kann mit den derzeitigen Ressourcen ihre Ziele und Aufgaben gut erfüllen.** Über die Hälfte muss wegen zu geringer Ressourcen improvisieren und ist gezwungen, oft reaktiv den vielfältigen Anforderungen und Erwartungen ihrer Nutzer zu entsprechen (vgl. **Abb. 10.1**). Nicht alle

In freiwilliges Engagement muss investiert werden.

Personelle und sachliche Ressourcen bestimmen Möglichkeiten und Grenzen der Engagementförderung.



**Abb. 10.2: Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E.**

Kommunen	Mitarbeiter/innen			Zahl der Info- u. Kontaktstellen
	1	2	3 u. mehr	
400. - 650.000 E.	25 %	38 %	38 %	40
100. - u. 400.000 E.	33 %	38 %	39 %	45
10. - u. 100.000 E.	48 %	31 %	21 %	81
Kreise	44 %	38 %	18 %	113
Insgesamt	41 %	36 %	23 %	279

© Quelle: ISAB Institut Köln (8/00): Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.

von Politik, Verwaltung und Bürger/innen für wichtig gehaltenen Ziele zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, des Ehrenamts und der Selbsthilfe können ausreichend eingelöst werden.

### Personelle Ausstattung der bisherigen Informations- und Kontaktstellen

**Abb. 10.2** zeigt die Personalausstattung der einzelnen Informations- und Kontaktstellen. 41% haben eine/n Mitarbeiter/in, 36% haben zwei Mitarbeiter/innen und

23% haben mehr als zwei Mitarbeiter/innen. Informations- und Kontaktstellen, mit nur 1 Mitarbeiter/in, gibt es in Kommunen jeder Größenordnung, aber auch solche mit mehr als drei Mitarbeiter/innen. Die **personelle Ausstattung ist bisher mehr oder weniger zufällig und durch die Finanzierungsbereitschaft bedingt**, nicht aber Ergebnis einer Bemessung des Personalbedarfs, die am Aufgabenumfang und an den Nutzerkreisen ausgerichtet ist. Ein-Personen-Kontaktstellen können die organisatorischen Fragen kaum lösen, die sich bei aktiver Ansprache von Zielgruppen und damit vermehrten Außenaktivitäten ergeben.

In 122 Kommunen gibt es mehrere Informations- und Kontaktstellen, oft in unterschiedlicher Trägerschaft. Deshalb ist die Zahl der Mitarbeiter in allen Informations- und Kontaktstellen einer Kommune aufschlussreich. Sie zeigt die Personalkapazität, die für Information, Beratung und Vermittlung in einer Kommune durchschnittlich zur Verfügung steht (vgl. **Abb. 10.3**). Dabei werden die Kommunen nach vier Gemeindegrößenklassen und Kreisen unterschieden, weil die Bevölkerungszahl wesentlich die Zahl und Größe der Informations- und Kontaktstellen sowie den Bedarf an Information, Beratung und Vermittlung beeinflusst. Den **IST-Zustand der Personalausstattung in einer Kommune** bildet der Durchschnitt aller, d. h. mangelhaft und gut ausgestatteter Informations- und Kontaktstellen.

In der Hälfte der Informations- und Kontaktstellen werden die hauptamtlichen Kräfte durch freiwillig engagierte Bürger/innen unterstützt, z.B. in der Öffentlichkeitsarbeit, oder bei der Entwicklung von Angeboten und Projekten. Die Einbeziehung freiwilliger Tätigkeiten gelingt in Seniorenbüros mit 30% am besten. 41% der Informations- und Kontaktstellen arbeiten ausschließlich mit hauptamtlichen Fachkräften, lediglich 9% werden allein von Freiwilligen getragen, meist während der Aufbauphase. **Nur von Freiwilligen getragene Informations- und Kontaktstellen geraten rasch an zeitliche und personelle Grenzen und müssen begonnene**

**Aufgaben wieder zurück nehmen.** Teilweise wurden sie wieder geschlossen, weil die regelmäßige Erreichbarkeit und die Verlässlichkeit bei Routinearbeiten eine untragbare Belastung für die Freiwilligen darstellten.

Trotz der Einbeziehung von Freiwilligen ist die Personalsituation nur für ein Drittel der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros oder Freiwilligenagenturen zufriedenstellend.

Für eine Engagement unterstützende Infrastruktur, deren Wirkung wesentlich vom Zuspruch und vom Erreichen der Bevölkerung abhängt, ist die ermittelte Personalausstattung eine Mindestausstattung, die häufig zu Einschränkungen in der Wahrnehmung von Aufgaben oder in der Erreichbarkeit führt. Hier kann auch ein Grund für die geringere Inanspruchnahme durch Berufstätige liegen.

### **Erfordernisse für die Personalausstattung eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**

Damit die Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe von engagierten und am Engagement interessierten Bürger/innen als verlässliche Anlauf-, Informations- und Beratungsstelle in Anspruch genommen werden können, müssen Verantwortlichkeiten, Kompetenzen und die Kontinuität der Leistungen gesichert werden. Es müssen regelmäßige Öffnungszeiten und telefonische Erreichbarkeit sichergestellt werden. Diese **Verlässlichkeit wird nur durch hauptamtliche Fachkräfte garantiert**. Sie gewährleisten die Koordination der Aufgaben in den Büros, die Begleitung der freiwillig Engagierten, die Erledigung organisatorischer Arbeit und stehen allen Nutzerkreisen als Ansprechpartner/innen zur Verfügung. Wenn die Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe erfolgreich arbeiten, müssen sie alle drei am freiwilligen Engagement interessierten Gruppen erreichen und informieren können, nämlich die engagierten "Expansiven", die "interessierten Ehemaligen" und die "Neuen" .

### **Elementare Voraussetzungen müssen von jedem Büro geschaffen werden.**

Informieren, beraten und vermitteln kann es nur, wenn geeignete Informationen über den Freiwilligensektor in der Kommune und über die Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement beschafft wurden. Der Aufwand hierfür sowie für die Aktualisierung der Informationen fällt für jede Einrichtung

**Abb. 10.3 Ist-Situation: In Kommunen vorhandene Personalausstattung von Informations- und Kontaktstellen**

	400 - 650.000 E	200 - 400.000 E	100 - 200.000 E	unter 100.000 E	Kreise
⊗ Zahl der Info- u. Kontaktstellen	3	2,4	2	1	1,5
⊗ Zahl der MitarbeiterInnen aller Info- u. Kontaktstellen 1)	7,5	5,5	3	2	2,7
⊗ Stunden pro Woche aller KS	201	151	82	44	68
⊗ erforderliche Std. pro Woche aller Info- u. Kontaktstellen	228	178	122	52	118
1) Vollzeit und Teilzeit					
© Quelle: ISAB Institut Köln (8/00): Befragung von Kommunen (n = 317) sowie von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.					

Die bisherige Personalausstattung der Informations- und Kontaktstellen wird der Aufgabenstellung nicht immer gerecht.

Kontinuität und Verlässlichkeit kann nur durch hauptamtliche Fachkräfte gewährleistet werden.

**Abb. 10.4: Personalbedarf der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in unterschiedlichen Einzugsbereichen**

Kommunen mit	Zahl der Mitarbeiter in Vollzeitstellen 1)	erforderliche Wochenstunden 1)
400. - 650.000 E.	6	228
200. - 400.000 E.	5	178
100. - 200.000 E.	3	122
unter 100.000 E.	1,3	52
Kreise	3	118

1) Fachkräfte und Verwaltungskräfte

an, ob sie nun aktiv auf Zielgruppen zugeht oder nur auf die Nachfrage von Interessenten reagiert. Auch die Kontaktpflege mit Initiativen, Projekten, Gruppen, Vereinen und Verbänden ist für kleine und große Büros unverzichtbar. Der Umfang der Informationsbeschaffung ist vom Einzugsbereich des Büros abhängig. Zu berücksichtigen ist ferner der Arbeitsaufwand, um das Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in das Netz der kommunalen Einrichtungen einzubinden, um die

Beziehungen zu Ämtern und Beratungsstellen zu pflegen und mit den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung zu kooperieren.

Von einer Integration oder Vernetzung sind Synergieeffekte zu erwarten.

**Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe können effektiver arbeiten als mehrere parallel tätige Informations- und Kontaktstellen** mit unterschiedlicher Ausrichtung. Synergieeffekte sind durch die zentrale Informationsbeschaffung (gemeinsame Adressverzeichnisse, Interessentenkartenteien, Nutzerforen) zu erzielen, durch abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit und auf Zielgruppen gerichtete Aktionen. Der breitere Leistungsumfang führt bei den Büros deshalb nicht linear zu höheren Kosten. Die Erfahrungswerte der von Informations- und Kontaktstellen für erforderlich gehaltenen Wochenstunden (**Abb. 10.3**) können deshalb als Richtwerte für den Personalbedarf in Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe einer Kommune herangezogen werden.

### **Personalausstattung eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**

Der Personalbedarf an hauptamtlichen Kräften ergibt sich aus der Größe des Einzugsbereichs und daraus, ob ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in einer Stadt oder einem Flächenkreis arbeitet. Je besser die Ausstattung mit hauptamtlichem Personal ist, desto professioneller und zuverlässiger kann es seine Aufgaben erfüllen und desto reichhaltiger werden Angebot und Qualität des angestoßenen und vermittelten freiwilligen Engagements sein.

Der Personalbedarf richtet sich vor allem nach der Größe der Kommune, dem Einzugsbereich des Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe.

Aus fachlicher Sicht und auf der Grundlage der vorliegenden Erfahrungen ist für ein Büro bzw. Netzwerk für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe die in **Abb. 10.4** ausgewiesene **Personalausstattung in unterschiedlichen Gemeindegrößenklassen** angemessen. Sie ist errechnet auf der Grundlage der für erforderlich gehaltenen Wochenstunden für hauptamtliches Personal. Wegen der unterschiedlichen kommunalen Rahmen-

bedingungen haben die Richtwerte Empfehlungscharakter. Die Kommunen sollten für eine Anpassung der Personalausstattung an den erkennbaren Bedarf offen sein. Die Empfehlung zur Personalausstattung kann für die Planung neuer Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe genutzt werden, wie auch für die Überprüfung ihrer jetzigen Situation. Einige Kommunen müssen die bisherigen Investitionen ausweiten. Für andere steht die Vernetzung und Neuausrichtung des vorhandenen Informations- und Beratungspotenzials im Vordergrund.

### **Qualifikation und Vergütung**

Die hauptamtlichen Fachkräfte müssen **neben sozialer Kompetenz, Eigeninitiative und Organisationstalent auch konzeptionelle Fähigkeiten** einbringen, wie sie für die Planung von Projekten und die Gestaltung der kommunalen Engagementförderung erforderlich sind. Wichtig sind Erfahrungen im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, im Umgang mit Verbänden und der Verwaltung, Projekterfahrung und redaktionelle Fähigkeiten sowie PC- und Internet-Kenntnisse.

Die derzeitige **Vergütung der Leiter/innen** von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen ist sehr unterschiedlich. 14% werden nach BAT II, 20% nach BAT III a/b, 36% nach BAT IV a/b, 9% nach BAT V bezahlt. Da alle Leiter/innen der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe für die erfolgreiche Umsetzung eines ähnlichen Aufgabenprofils verantwortlich sind, sind die Unterschiede aus fachlicher Sicht nicht angemessen. Insbesondere in Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern sollte eine Bezahlung nicht unter BAT III erfolgen. Eine niedrigere Bezahlung wird die Wechselbereitschaft erhöhen. Häufiger Personalwechsel bei den Fachkräften sollte vermieden werden, da dies wegen der vielen Außenkontakte dem Image der Büros schadet, die kontinuierliche Aufgabenwahrnehmung gefährdet und die Leistungsfähigkeit beeinträchtigt.

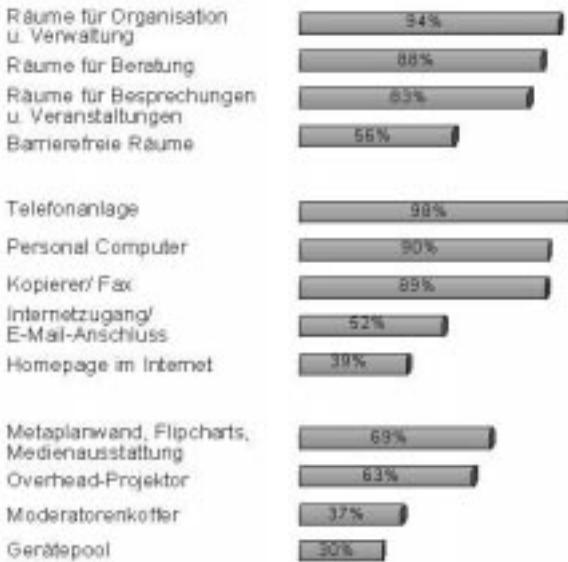
Qualifizierte hauptamtliche Fachkräfte mit angemessener Bezahlung in den Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe.

### **Sachausstattung**

Die Sachausstattung der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen kann als Basisausstattung für Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe zugrundegelegt werden (vgl. **Abb. 10.5**). Allerdings ergeben sich bei der Raum- und Sachausstattung im Vergleich zu drei parallel arbeitenden Informations- und Kontaktstellen Einsparungen. Die wichtigsten Bestandteile der Sachausstattung sind die **Räumlichkeiten und die Kommunikationstechniken**. Räumlichkeiten in gut erreichbarer Lage und mit ansprechender Innenausstattung erhöhen die Nutzerzahlen. Wichtig ist, dass die gesamte räumliche Konstellation in sich stimmig ist, dass vertrauliche Gespräche und ruhiges Arbeiten ebenso möglich sind wie der ungezwungene Besuch kleiner Gruppen im Büro.

**Abb. 10.5: Sachausstattung der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**

In Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. bereits vorhanden



© Quelle: ISAB Institut Köln (3/00) Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe

Eine angemessene Ausstattung mit Räumlichkeiten und Kommunikationstechniken ist eine wichtige Voraussetzung.

für jüngere Interessenten, die den Umgang mit PC und Internet in der Regel beherrschen. Besucher-PCs für eigenständige Recherchen und Laptops für die Informationssammlung und für Aktionen außerhalb des Büros sind gut zur Information geeignet, aber nur sinnvoll, wenn eine für alle zugängliche Datenbasis über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement vorhanden ist.

Die bisher vorhandene Ausstattung mit Kommunikationstechniken in den genannten Einrichtungen lässt zusätzlichen Bedarf erkennen, der mit Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe entstehen wird. Telefon, Telefaxgerät, Kopierer und PC für das Personal gehören zur Standardausrüstung. Ohne diese Geräte ist eine effiziente Informations-, Beratungs- und Vermittlungsarbeit nicht möglich. Insbesondere die auf dem Internet basierenden Kommunikationswege können noch wesentlich stärker genutzt werden. Gerade sie erleichtern die Vernetzung, erweitern das Informationsangebot des Büros, indem sie den Zugang zu Informationen außerhalb der Öffnungszeiten und ohne persönliche Inanspruchnahme des Personals ermöglichen. Außerdem gewinnen sie damit eine größere Attraktivität

## 11. Kosten und Finanzierung eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe

### Kosten und Mittelbedarf

Die Ausgaben für Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen lassen sich im Unterschied zu den Aufwendungen der Kommunen im Freiwilligen Sektor genauer beziffern. Sie setzen sich aus **Personal- und Sachaufwendungen** zusammen. In **Abb. 11.1** werden die derzeitigen durchschnittlichen Kosten für eine Informations- und Kontaktstelle ausgewiesen, unterschieden nach vier Gemeindegrößenklassen und Kreisen. Demnach kostet eine Informations- und Kontaktstelle im Durchschnitt zwischen 95.000 und 183.000 DM in den neuen Bundesländern, zwischen

132.000 und 233.000 DM in den alten Bundesländern. Die Gründe für die **Ost-West-Unterschiede** liegen in der geringeren Größe der Informations- und Kontaktstellen in den neuen Bundesländern, und im überdurchschnittlich hohen Anteil der Personalfinanzierung aus SAM-, ABM- und BSHG-Mitteln.

**Abb. 11.1: Durchschnittliche Kosten einer Informations- und Kontaktstelle und erforderliche Mittel aus Sicht der Einrichtungen**

Kommunen	Derzeitige Ausgaben		Erforderliche Mittel	
	alte BL	neue BL	alte BL	neue BL
400 - 650.000 E	233.000 DM	183.000 DM	289.000 DM	237.000 DM
200 - 400.000 E	196.000 DM	144.000 DM	237.000 DM	177.000 DM
100 - 200.000 E	156.000 DM	131.000 DM	208.000 DM	151.000 DM
Unter 100.000 E	132.000 DM	95.000 DM	195.000 DM	125.000 DM
Kreise	146.000 DM	112.000 DM	211.000 DM	148.000 DM

© Quelle: ISAB Institut Köln (8/00): Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.

Die **Gesamtaufwendungen in einer Kommune** ergeben sich aus der Addition der Kosten aller einzelnen Informations- und Kontaktstellen in der Kommune. Dabei werden die Einrichtungen unabhängig von ihrer Trägerschaft wie ein gemeinsamer "Topf" behandelt, obwohl sie ihre Zuwendungen aus unterschiedlichen Quellen beziehen. Diese Gesamtkosten werden derzeit für die Informations-, Beratungs- und Vermittlungsleistungen finanziert.

Die Informations- und Kontaktstellen halten für eine erfolgreiche Durchführung ihrer Aufgaben einen **höheren Mittelbedarf** für erforderlich. Die Differenz zwischen derzeitigen Kosten und den erforderlichen Mitteln liegen z.T. bei über einem Drittel der jetzigen Kosten. In den alten Bundesländern wird ein höherer Mittelbedarf gesehen als in den neuen. Die bessere Personalausstattung trägt am stärksten zu dem Mehrbedarf bei. Die Freiwilligenagenturen machen mit durchschnittlich 39% die größte Mittelaufstockung geltend. Einen über 30% höheren Budgetansatz halten Selbsthilfekontaktstellen für notwendig. Der von Seniorenbüros als erforderlich angesehene Zusatzbedarf liegt bei 20 %.

**Die Kosten für ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe** lassen sich aus der durchschnittlichen Zahl der Informations- und Kontaktstellen in einer Kommune und dem von ihnen für erforderlich gehaltenen Kostenmehrbedarf ermitteln. Durch die organisatorische Integration parallel arbeitender Informations- und Kontaktstellen in ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe ergibt sich ein Einspareffekt von 25 % bei den Verwaltungskräften, Büro- und Sachkosten. Demzufolge belaufen sich die Kosten eines Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in einer Kommune (aus verschiedenen Gemeindegrößenklassen) auf die in Abb. 11.2 ausgewiesenen Beträge. In einer Kommune mit 100-200.000 Einwohnern entstehen für das Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe Kosten in Höhe von 320.000 DM, wenn es die Leistungen einer Selbsthilfekontaktstelle, eines

Die Finanzierung der bisherigen Informations- und Kontaktstellen ist unzureichend

Die Aufwendungen für Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe lassen sich auf der Basis der bisherigen Erfahrungen kalkulieren.

**Abb. 11.2: Erforderliche Aufwendungen in einer Kommune für ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**

Kommunen	Durchschnittliche Gesamtaufwendungen (verschiedene Finanzierungsquellen)	
	alte BL	neue BL
400 - 650.000 E. 1)	860.000 DM	710.000 DM
200 - 400.000 E.	425.000 DM	320.000 DM
100 - 200.000 E.	320.000 DM	225.000 DM
Unter 100.000 E.	190.000 DM	125.000 DM
Kreise	315.000 DM	220.000 DM

1) Netzwerke

© Quelle: ISAB Institut Köln (800): Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.

Seniorenbüros und einer Freiwilligenagentur im Rahmen der erweiterten Konzeption (vgl. Kp. 8) erbringt. Diese Aufwendungen sind notwendig, wenn die Leistungen des Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe bedarfsgerecht erbracht werden, und der Freiwilligensektor einer Kommune nachhaltig unterstützt werden soll. Die Kostenunterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern ergeben sich aus den von den Informations- und Kontaktstellen in den neuen und alten Bundesländern bezifferten Gesamtaufwendungen (vgl. **Abb. 11.1**). Eine allmähliche Anpassung der Kostensituation in

den neuen Bundesländern ist in Rechnung zu stellen.

Die Kosten eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe liegen nicht über den Kosten der additiven Finanzierung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E., obwohl das Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe ein breiteres Leistungsspektrum im Freiwilligensektor und breitere Nutzerkreise anspricht und erreicht. Dies ist durch den effektiveren Mitteleinsatz in einem integrierten Gesamtkonzept möglich.

### **Finanzierungssicherheit und Finanzierung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen u. ä. E.**

Von der derzeitigen Finanzausstattung der Informations- und Kontaktstellen zu den benötigten Mitteln eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe ist ein weiter Weg, da bereits die aktuelle Finanzierung nur für einen Teil der vorhandenen Einrichtungen längerfristig gesichert ist. Die Finanzierung kann nur erreicht werden, wenn der ressortübergreifenden, infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe von Politik und Verwaltung die Priorität zuerkannt wird, die sich aus der positiven Bewertung des bürgerschaftlichen Engagements ergeben sollte.

In 40% der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen ist die Finanzierung so unsicher, dass sie sich nur für die nächsten 6 Monate abschätzen lässt (vgl. **Abb. 11.3**). 20% der Stellen sind für die nächsten 12 Monate abgesichert. Lediglich bei 38% der Einrichtungen ist die Finanzierung für einen längeren Zeitraum gewährleistet. Diese Unsicherheit über den Fortbestand vieler Informations- und Kontaktstellen steht im Widerspruch zu Anforderungen, die an ein **langfristig**

Erfolgreiche Arbeit erfordert finanzielle Sicherheit für ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe.



**arbeitendes Büro** für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe gestellt sind, wenn es erfolgreich tätig werden soll. Der **Erfolg hängt unmittelbar vom zunehmenden Bekanntheitsgrad und der Akzeptanz ab**, die erst nach und nach erreicht werden.

Die Finanzierung der einzelnen Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen setzt sich in der Regel aus mehreren Zuwendungen zusammen (vgl. **Abb. 11.4**). 40% aller Engagement unterstützenden Einrichtungen finanzieren sich über eine oder zwei Finanzquellen, 60% durch eine Mischfinanzierung von drei und mehr Finanzquellen.

Die höchsten Finanzierungsanteile entfallen auf die Kommunen und die Bundesländer. 59% der Informations- und Kontaktstellen erhalten kommunale Mittel, im Schnitt 65 Tsd. DM. Landesmittel erhält jede zweite Stelle. Landesfinanzierungen erhalten vor allem Selbsthilfekontaktstellen, sowie die Mittel von Krankenkassen.

Weitere Finanzierungsquellen sind **SAM-, ABM- und BSHG-Mittel**, aus denen ein gutes Viertel aller Informations- und Kontaktstellen durchschnittlich 56 Tsd. DM erhält. Diese Mittel werden besonders in den neuen Bundesländern zur Finanzierung eingesetzt. In der Aufbauphase können diese Mittel als Starthilfe fungieren. Zur Dauerfinanzierung und Absicherung der personellen Kontinuität sind sie wegen ihrer Befristung nicht geeignet.

Fast ein Drittel der Informations- und Kontaktstellen erhält finanzielle Unterstützung von **Wohlfahrtsverbänden**, im Durchschnitt rund 30 Tsd. DM. Freiwilligenagenturen erhalten mit durchschnittlich 39 Tsd. DM die höchsten Zuwendungen von Wohlfahrtsverbänden. **Spenden-, Sponsoring-, Stiftungs- und Lottomittel sowie Eigenmittel** werden von einem guten Drittel der Stellen in ihre Finanzierung eingebracht. **Bundesmitten** spielen eine untergeordnete Rolle.

### **Finanzierung eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**

Die Finanzierungsquellen werden auch für ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe nicht grundlegend anders sein. Die Zukunft

**Abb. 11.3: Finanzierungssicherheit der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E.**



Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe benötigen eine angemessene Mischfinanzierung.

der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe wird von der angemessenen Mischfinanzierung abhängen. Vergleicht man die aktuelle Finanzierung der Informations- und Kontaktstellen mit der von Kommunen präferierten Finanzierungsstruktur, ergibt sich eine hohe Übereinstimmung. (vgl. **Abb. 11.5**)

**Wichtigste Finanzierungsquelle der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe sollten Landesmittel und Mittel der Kommune sein.** Mittel der öffentlichen Hand sollten vor allem an Büros vergeben werden, die das bewährte Aufgabenprofil umsetzen, bereichs- und organisationsübergreifend informieren,

beraten und vermitteln und alle Bevölkerungsgruppen einbeziehen. Hilfestellung bei der Prüfung der Förderwürdigkeit kann ein kommunaler Beirat für freiwilliges Engagement oder ein vergleichbares Gremium leisten.

**In den Kommunen entsteht der größte Teil der mit dem freiwilligen Engagement verbundenen Wertschöpfung.** Insofern sind ihre Aufwendungen Investitionen in das Gemeinwesen, die sich in der Zunahme von unentgeltlichen Leistungen der Bürgerschaft auswirken. Die kommunale (Mit-) Finanzierung einer Engagement unterstützenden Einrichtung für alle Altersgruppen und alle Engagementbereiche wird durch die bisherige ressortbezogene Förderung erschwert. Wichtige Schritte

sind daher die Weiterentwicklung von zielgruppenspezifischen und sektoralen Vermittlungs- und Unterstützungsstellen und eine Finanzierung, die durch einen Haushaltstitel für die infrastrukturelle Unterstützung des freiwilligen Engagements aller Bürger/innen in der Kommune bei der Verwaltungsspitze abgesichert werden muss.

Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Länder und Krankenkassen sollten sich an der Finanzierung beteiligen.

**Die Länder sollten sich an der Mitfinanzierung der infrastrukturellen Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen beteiligen.** Hierzu reichen Anschubfinanzierungen nicht aus, hilfreich ist eine anteilige Mitfinanzierung von Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in den Kommunen, in denen jeweils eine solche Einrichtung eingerichtet wurde, im Umfang von ca. 30% der Gesamtkosten. Ohne finanzielle Unterstützung einer Infrastruktur mit Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe durch die Länder wer-



den diese in vielen Kommunen nur schwer aufgebaut werden können.

Eine **Finanzierungsmöglichkeit** wird auch in der Akquisition von Spendenmitteln und Stiftungsgeldern gesehen. Das **Social Sponsoring**, das sich immer größerer Beliebtheit erfreut, ist jedoch nicht umsonst zu haben, sondern bindet selbst personelle Ressourcen, die somit nicht für die eigentlichen Aufgaben zur Verfügung stehen. Zudem sind diese Mittel häufig zweckgebunden und nur kurzfristig kalkulierbare Einnahmequellen. Diese Finanzierung ist für Projekte und Initiativen von besonderer Bedeutung, weil diese spezielle Interessen bei Mittelgebern ansprechen können. Die Bereitstellung von **Stiftungsmitteln** für die infrastrukturelle Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe sollten durch eine gesetzliche Neuregelung des Stiftungsrechts angeregt werden. Daneben erlangen eigens für soziale Projekte eingerichtete **Bürgerstiftungen** an

Bedeutung. Solche Stiftungsinitiativen können zukünftig auch zur finanziellen Absicherung eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe von Bedeutung sein.

Gleichauf in ihrer Bedeutung für die Finanzierung der Büros sind nach Meinung der Kommunen **Eigenmittel der Stellen, SAM-, ABM- und BSHG-Mittel** sowie Mittel des Trägers. Eigenmittel spielen bisher eine geringere Rolle. Öffentliche Gelder wie aus der Arbeitsförderung sind als befristete Zuwendungen für die Aufbauphase geeignet und schaffen einen Zeitpuffer zur Klärung der Anschlussfinanzierung. Wenn diese jedoch lange ungeklärt bleibt, ist die Kontinuität gefährdet.

**Schlusslichter in den Finanzierungspräferenzen der Kommunen bilden Mittel der Wohlfahrtsverbände und der Krankenkassen.** Bisher bringen **Wohlfahrtsverbände** einen erheblichen Anteil aus eigenen Mitteln auf. Ihre Bereitschaft, sich an der Trägerschaft oder Finanzierung von Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe zu beteiligen, ist vor Ort zu erkunden. Wegen des Subsidiaritätsprinzips wird es Erwartungen auf

**Abb. 11.5: Präferierte Finanzierungsquellen der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**

		Kommunen			Kreise
		über 400.000 E.	100 - u 400.000 E.	10 - u 100.000 E.	
Bundesland	vorr.	42 %	39 %	34 %	40 %
	teilew.	58 %	59 %	59 %	56 %
Kommune	vorr.	33 %	10 %	17 %	7 %
	teilew.	67 %	90%	72 %	78 %
Spenden / Stiftung /Lotto	vorr.	17 %	27 %	22 %	28 %
	teilew.	83 %	74 %	74 %	65 %
Eigenmittel (z.B. Erlöse, Honorare)	vorr.	18 %	17 %	23 %	11 %
	teilew.	64 %	63 %	67 %	74 %
SAM-, ABM- und BSHG-Mittel	vorr.	17 %	13 %	17 %	29 %
	teilew.	83 %	77 %	64 %	63 %
Träger	vorr.	18 %	10 %	24 %	17 %
	teilew.	73 %	79 %	64 %	72 %
Wohlfahrtsverbände	vorr.	8 %	3 %	12 %	12 %
	teilew.	83 %	83 %	70 %	67 %
Krankenkassen	vorr.	0 %	17 %	11 %	9 %
	teilew.	92 %	76 %	56 %	61 %

© Quelle ISAB Institut Köln (8/00). Befragung von Kommunen (n = 317) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.

Social Sponsoring, Stiftungsmittel und Bürgerstiftungen werden zukünftig wichtiger

Seiten der Wohlfahrtsverbände geben, ihre Einrichtungen von den Kommunen mitfinanzieren zu lassen. Hier ist zu beachten, dass bei der "Werbung" um Freiwillige Konkurrenz das Geschäft des freiwilligen Engagements nicht unbedingt belebt, sondern infolge der Eigenwerbung von den Trägern der Büros ihre Offenheit auch begrenzen kann.

Die **Krankenkassen** haben sich auf Bundesebene auf Richtlinien geeinigt, nach denen sie gemäß § 20 Sozialgesetzbuch V Selbsthilfekontaktstellen fördern wollen. Danach kommen sowohl pauschale als auch projektbezogene Fördermittel in Frage (Gemeinsame und einheitliche Grundsätze der Spitzenverbände der Krankenkassen zur Förderung der Selbsthilfe gemäß § 20 Abs. 4 SGB V vom 10. März 2000). Die konkrete Ausgestaltung nimmt die jeweilige Landesebene vor, die insbesondere bei Orts- und Betriebskrankenkassen relativ unabhängig entscheidet. Bei den Ersatzkassen gibt die Bundesebene in der Regel die Grundsätze vor, die von den Landesausschüssen angewendet werden. Da die Förderung der Krankenkassen auf die Unterstützung von Betroffenen mit bestimmten Krankheitsbildern beschränkt ist, sind die Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe aufgefordert, Transparenz zu schaffen, indem sie entweder dafür eine eigene Zuständigkeit innerhalb des Büros schaffen oder Projekte für diese Zielgruppen entwickeln, für deren Umsetzung Mittel der Krankenkassen eingeworben werden. Zu beachten ist das große Interesse der Krankenkassen an einem geringen eigenen Verwaltungsaufwand und dem überprüfbaren Nachweis der Mittelverwendung, weshalb deren Dokumentation erforderlich ist. Die Büros können auch Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen beraten, welche Unterstützung diese von den Krankenkassen erhalten können.

**Bundeszuschüsse** wurden bereits mehrfach für eine begrenzte Zeit geleistet, **kommen jedoch für eine generelle Förderung der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe nicht in Betracht.**

Die Finanzierung ist durch ein abgestimmtes Gesamtkonzept zu sichern.

Im **Gesamtkonzept der Finanzierung** ist zu beachten, dass einige Zuwendungsgeber nur bestimmte Leistungen oder Engagementbereiche fördern, die gesondert auszuweisen sind, entweder durch spezielle Projekte oder durch eigens dafür zuständiges Personal. Die Krankenkassen sind nur ein Beispiel hierfür. Andere schließen bestimmte Leistungen aus, weil sie diese nicht zu ihrem Zuständigkeitsbereich zählen. Insbesondere Zuschüsse seitens der Bundesländer können auf Richtlinien für Teilaufgaben basieren, Anforderungen an die zu fördernden Büros richten oder Ausgrenzungen vornehmen, indem sie Leistungen verlangen oder aus der Finanzierung ausschließen. Darauf müssen die Büros ggf. mit organisatorischen Maßnahmen reagieren.

# 12 Antrag an den Stadt-/Gemeinderat zum Auf-/Ausbau eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe

Der erfolgreiche Auf-/Ausbau eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe kann nur dann gelingen, wenn alle in der Kommune, die freiwilliges Engagement bereits fördern, einen Nutzen für sich darin erkennen und das Vorhaben unterstützen. Der Antrag zur Einrichtung eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe kann von der Verwaltung, einer Fraktion, einem Ausschuß, einem Verband oder einem freien Trägerverein an den Stadt-/Gemeinderat eingebracht werden. Je nach der kommunalen Situation sollte ein Antrag gestellt werden:

- für die Einrichtung eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe
- für den Ausbau einer bereits bestehenden Informations- und Kontaktstelle zu einem Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe
- für den Aufbau eines Netzwerkes für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe (aus Selbsthilfekontaktstelle, Seniorenbüro, Freiwilligenagentur, u. a. E.)

Es empfiehlt sich, den Bürgermeister/Oberbürgermeister bzw. Kreis-/Oberkreisdirektor schriftlich gemäß der Geschäftsordnung des Rates darum zu bitten, den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen. Dieses Anschreiben sollte einen Betreff: "Einrichtung eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in der Kommune XY", eine Begründung für die Einrichtung eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe und den Wortlaut des zu fassenden Beschlusses enthalten. Die Begründung sollte die wesentlichen Argumente über die Engagementbedürfnisse, das Aufgabenprofil und die Leistungen eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe enthalten (hierzu können die entsprechenden Kapitel dieses Leitfadens verwendet werden). Hilfreich ist eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit und Werbung in den Medien für die Einrichtung des Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe.

Der Antrag sollte folgende Punkte enthalten:

- **Kurze Beschlußvorlage**
- **Begründung**  
Die Stadt / der Kreis fördert freiwilliges Engagement bereits durch direkte Zuwendungen an Vereine und Verbände, durch öffentliche Ehrungen und Preisverleihungen usw. Sie zeigt damit ihre Wertschätzung für die unverzichtbaren Leistungen freiwillig engagierter Bürger/innen und den Organisationen.

Durch wissenschaftliche Untersuchungen wird belegt, dass derzeit nur ein Teil der Bürger/innen erreicht wird, die zu bürgerschaftlichem Engagement, freiwilliger Tätigkeit, Ehrenamt oder Selbsthilfe bereit sind. Viele Freiwillige sind zudem befristet engagiert und wechseln häufig ihre Tätigkeit, die Organisation oder den Bereich. Um das freiwillige Engagement zu erhalten und auszuweiten, ist es erforderlich, Bürger/innen den Zugang zum freiwilligen Engagement zu erleichtern und weitere Kreise aktiv anzusprechen.

Viele - auch engagierte - Bürger/innen wünschen sich bessere Information und Beratung über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement und zur Selbsthilfe. Dies wird vom Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe umfassend geleistet. Dabei verhält es sich neutral gegenüber Projekten, Initiativen, Gruppen, Vereinen und Verbänden und orientiert sich an den Wünschen der Bürger/innen. Außerdem berät es die Freiwilligen und Hauptamtlichen in den Organisationen bei der Gewinnung von Freiwilligen sowie die Verwaltung hinsichtlich der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

### **Konzeption des Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe**

- Träger
- Ziel, Aufgabenprofil und Leistungen des Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe
- Kooperationsformen mit Verwaltung (Ansprechpartner) und allen Organisationen im Freiwilligenbereich der Kommune
- Zusammenarbeit mit einem Beirat/Kuratorium für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe
- Personal- und Sachausstattung
- Kosten
- Finanzierungsmöglichkeiten (Anteil Kommune, Anteil des Landes, Anteil des Trägers, sonstige Finanzierung)

# 13 Literatur

**Beher, Karin / Liebig, Reinhard / Rauschenbach, Thomas (1999):** Strukturwandel des Ehrenamtes - Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozeß. Juventa, Weinheim, München.

**Braun, Joachim / Bischoff, Stefan (1999):** Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen: Motive und Aktivitäten. Engagementförderung in Kommunen - Paradigmenwechsel in der offenen Altenarbeit. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Bd. 184. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln.

**Braun, Joachim / Kettler, Ulrich / Becker, Ingo (1996):** Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland. Aufgaben und Leistungen der Selbsthilfekontaktstellen in den neuen und alten Bundesländern. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 136. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln.

**Braun Joachim / Klages, Helmut (Hrsg.) (2000):** Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotenzial in den neuen und alten Bundesländern. Bd. 2. Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln.

**Heinze, Rolf G. / Olk, Thomas (Hrsg.) (2000):** Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Leske und Buderich.

**Jakob, Gisela / Janning, Heinz (2000):** Freiwilligenagenturen - eine erste Bilanz. In: Forschungsjournal - Neue Soziale Bewegungen, Heft 2, Juni 2000.

**KGSt-Bericht Nr. 6/1999:** Bürgerengagement - Chance für Kommunen. Köln.

**Klie, Thomas / Roß, Paul Stefan (Hrsg.) (2000):** Die Zukunft des Sozialen in der Stadt. Bürgerschaftliches Engagement als Herausforderung. Freiburg.

**Picot, Sibylle (Hrsg.) (2000):** Freiwilliges Engagement in Deutschland: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport. Bd. 3. Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln.

**von Rosenblatt, Bernhard (Hrsg.) (2000):** Freiwilliges Engagement in Deutschland. Bd. 1. Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln.

# Stichworte zum Leitfaden

Adressaten des Leitfadens	6	Koordinierung der Engagementförderung	26
Ansprechpartner/in in der Verwaltung	19, 23, <b>25, 26</b>	Kosten der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen	55
Antrag für Stadt-/Gemeinderat	<b>61f</b>	Kosten eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	56
Aufgaben des Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	<b>43</b>	Krankenkassen	60
Aufgabenerfüllung mit gegebenen Ressourcen	50	Kurzfassung der Empfehlungen	7
Beirat/Kuratorium für freiwilliges Engagement	<b>26, 58</b>	Leistungen des Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	<b>4</b>
Bekanntheit von Informations- und Kontaktstellen	18	Netzwerk für freiwilliges Engagement Selbsthilfe	<b>40</b>
Bewertung der Informations- und Beratungsmöglichkeiten in Kommunen	<b>29</b>	Nutzerkreise der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen	<b>32, 34</b>
Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	<b>38, 40, 44</b>	Öffentlichkeitsarbeit für freiwilliges Engagement	22, 25, <b>27, 43, 47</b>
Demografie der Nutzer von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen	34, 35	Organisationsformen des freiwilligen Engagements	<b>12</b>
Ehrungen Freiwilliger	21, 25	Personalausstattung der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros Freiwilligenagenturen	49, <b>50</b>
Engagementbereiche	<b>11</b>	Personalausstattung der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	49, <b>52</b>
Engagementförderung in Kommunen	<b>18, 20, 22, 28</b>	Personalbedarf der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	53
Engagementpotenzial	<b>15, 35</b>	Public-private partnership	<b>26</b>
Engagierte Bürger/innen	10, <b>14</b>	Qualifizierung	48
Finanzierung der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	54, <b>59</b>	Sachausstattung der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	53, 54
Finanzierung der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen, u.a.E.	56, <b>58</b>	Schule und freiwilliges Engagement	36
(Mit)Finanzierung der Bundesländer	<b>58</b>	Selbsthilfekontaktstellen	<b>29, 30</b>
Finanzierungssicherheit	57	Selbstverständnis der Freiwilligen	<b>13</b>
Fluktuation im freiwilligen Engagement	15, 24	Seniorenbüros	<b>29, 30</b>
Freiwilligenagenturen	<b>30</b>	Trägerschaft für Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	<b>40</b>
Freiwilligenbereich als neuer Politikbereich	23	Umfang des freiwilligen Engagements	<b>13</b>
Freiwilligensurvey 1999	7	Unterschiede zwischen Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen	30
Haushaltsmittel für den Freiwilligensektor	19	Unterstützte Engagementbereiche in Kommunen	21
Hochschule und freiwilliges Engagement	<b>26</b>	Vergütung der Leiter/in von Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros	53
Information und Beratung in Kommunen	<b>27</b>	Wohlfahrtsverbände	21, 30, 57, 59
Interesse an Information und Beratung	<b>17</b>	Zahl der hauptberuflichen Mitarbeiter	51
Internet-Informationsmöglichkeiten über freiwilliges Engagement	<b>48</b>	Zahl der Informations- und Kontaktstellen in Deutschland	28
Kommunale Engagementförderung	<b>18, 20, 22, 28</b>	Ziele kommunaler Engagementförderung	<b>23, 25, 36, 37</b>
Kommunale Förderpraxis	23	Zugangswege zum freiwilligen Engagement	<b>16, 24, 34, 36</b>
Kommunale Zuständigkeit für Engagementunterstützung	19		
Konzeption der infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements	39, 41		



